

Informationen zu Geschäften
in Wertpapieren und weiteren
Finanzinstrumenten.
(Vermittlungsgeschäft)

Stand: April 2025

Anlegerschutz wird bei der LBBW schon immer großgeschrieben. Selbstverständlich können Sie sich auch in Zukunft darauf verlassen.

Und damit Sie in Sachen Wertpapier- und Derivategeschäft mit der LBBW auf dem Laufenden sind, haben wir für Sie in dieser Broschüre die wichtigsten Informationen zusammengestellt.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Berater.

Informationen über uns und unsere Dienstleistungen

Gemäß gesetzlicher Vorgaben, insbesondere dem Wertpapierhandelsgesetz, erteilen wir Ihnen hiermit folgende Informationen über uns und unsere Wertpapierdienstleistungen.

A. Informationen über uns

Landesbank Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
D-70173 Stuttgart
Telefon: 0711 127-0
Telefax: 0711 127-43544
E-Mail: kontakt@LBBW.de

Die Baden-Württembergische Bank ist eine unselbstständige Anstalt der Landesbank Baden-Württemberg. Die Landesbank Baden-Württemberg ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Erklärungen der Baden-Württembergischen Bank im Rahmen der Geschäftsverbindung berechtigen und verpflichten ausschließlich die Landesbank Baden-Württemberg.

Bankerlaubnis

Wir besitzen eine Bankerlaubnis gemäß § 32 KWG.

Zuständige Aufsichtsbehörden

Für die Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde:
Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt am Main
Postanschrift: Europäische Zentralbank
60604 Frankfurt am Main
(Internet: www.ecb.europa.eu).

Für den Verbraucherschutz zuständige Aufsichtsbehörde:
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn,
und Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt/Main
(Internet: www.bafin.de).

Kommunikationsmittel und -sprache

Sie können mit uns persönlich, telefonisch, in Textform oder elektronisch in deutscher Sprache kommunizieren. Kundenaufträge können in deutscher Sprache persönlich, telefonisch, auf den dafür zugelassenen elektronischen Wegen oder in Textform übermittelt werden. Soweit gesetzlich vorgegeben, stellen wir Ihnen Informationen in elektronischer Form zur Verfügung. Als Privatkunde im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes haben Sie die

Möglichkeit, diese Informationen stattdessen in schriftlicher Form zu erhalten, soweit Sie sich nicht vertraglich für die elektronische Form entschieden haben.

Aufzeichnung von telefonischer und elektronischer Kommunikation

Telefonische und elektronische Kommunikation, die sich auf die Annahme, Übermittlung oder Ausführung von Aufträgen zu Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen und -nebenleistungen bezieht, müssen wir aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen aufzeichnen und für fünf Jahre aufbewahren, bei aufsichtsbehördlicher Anordnung im Einzelfall für bis zu sieben Jahre. Innerhalb dieses Zeitraums stellen wir Ihnen eine Kopie der Aufzeichnungen auf Verlangen zur Verfügung. Sollte ein Bevollmächtigter für Sie tätig werden, gelten die Vorschriften zur telefonischen und elektronischen Kommunikation für den Bevollmächtigten ebenfalls. Bitte beachten Sie, dass für bestimmte Kommunikationswege, z.B. das Direktbrokerage, gesonderte Vereinbarungen gelten. Ihre Fragen zur Aufzeichnungspflicht beantwortet Ihr Berater gerne im persönlichen Gespräch.

Mitteilungen über getätigte Geschäfte

Sie erhalten über jedes ausgeführte Geschäft von uns eine Abrechnung. Einmal jährlich erhalten Sie einen Auszug über den Inhalt Ihres Wertpapierdepots.

Meldung von personenbezogenen Daten an Aufsichtsbehörden bzw. Handelsplätze

Wir möchten Sie informieren, dass wir verpflichtet sind, im Rahmen der MiFIR-Transaktionsmeldung bzw. des Commodity Derivate Positionsreportings detaillierte Informationen zu den Wertpapier- und Derivategeschäften der Kunden an nationale sowie europäische Aufsichtsbehörden bzw. im Fall des Positionsreportings bzgl. börsengehandelten Warenderivaten an Handelsplätze zu übermitteln. Diese Informationspflichten können auch personenbezogene Daten umfassen wie den Namen und das Geburtsdatum des Kunden. Je nach Staatsbürgerschaft des Kunden können weitere Informationen wie z.B. die Sozialversicherungsausweisnummer oder die Personalausweisnummer der Meldepflicht an Aufsichtsbehörden unterliegen.

Hinweis zum Bestehen eines freiwilligen Einlagensicherungssystems

Wir gehören dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an.

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise sollen ein Einlagensicherungsfall vermieden und die Fortführung der Geschäftsbeziehungen des betroffenen Instituts zu seinen Kunden sichergestellt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Sollte entgegen Absatz 1 ausnahmsweise die Institutssicherung nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen im Sinne des § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen des § 8 EinSiG. Nicht entschädigungsfähig nach § 6 EinSiG sind unter anderem Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäschetransaktionen entstanden sind, sowie Inhaberschuldverschreibungen der Landesbank Baden-Württemberg und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

Mehr Informationen dazu finden Sie unter

www.dsgv.de/sicherungssystem.

Seit dem Bestehen der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe hat noch nie ein Kunde eines Mitgliedsinstituts einen Verlust seiner Einlagen erlitten.

Wichtiger Risikohinweis (Bail-in):

Wir möchten Sie informieren, dass Bankaktien, Schuldverschreibungen, Derivatverträge von Banken und Sparkassen sowie andere Forderungen gegen Banken bzw. Sparkassen europaweit besonderen Vorschriften für den Fall der Bestandsgefährdung dieser Institute unterliegen. Hintergrund sind die gesetzlichen Regelungen der Bankensanierung und -abwicklung, die in einem Abwicklungsfall zur Anwendung kommen können. Diese Regelungen können sich für den Anleger/Vertragspartner des Kreditinstituts im Abwicklungsfall des Kreditinstituts nachteilig auswirken.

Zu den gesetzlich vorgesehenen Abwicklungsinstrumenten zählen die Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse der Abwicklungsbehörden (sogenanntes »Bail-in«). Die Auswirkungen auf die Gläubiger im Falle eines Bail-in hängen maßgeblich von dem Rang des betroffenen Finanzinstrumentes in der Gläubigerhierarchie ab, welche in der Haftungskaskade auf der Internetseite der BaFin abgebildet ist. Nähere Informationen, welche Finanzinstrumente betroffen sind, erfahren Sie unter: www.bafin.de (unter dem Suchbegriff: »Haftungskaskade«).

Soweit die LBBW die Emittentin (Schuldnerin) der in Ihrem Wertpapierdepot enthaltenen Schuldverschreibungen bzw. Vertragspartei des Derivatvertrages ist, finden Sie weitere Informationen auf der Internetseite der LBBW (www.lbbw.de). Auf dieser Internetseite stellen wir Ihnen Informationen zur Verfügung, welche die gesetzlichen Regelungen und ihre Auswirkungen auf Anleger/Vertragspartner näher erläutern und bitten Sie, diese sorgfältig zu lesen. Auf Wunsch stellen wir Ihnen diese Informationen auch in Papierform zur Verfügung.

In anderen Fällen raten wir Ihnen, die Internetseite des Emittenten des jeweiligen Produktes zu konsultieren, welche ggf. weitere Informationen enthält.

B. Umgang mit Interessenkonflikten

Wir haben Vorkehrungen getroffen, damit sich mögliche Interessenkonflikte zwischen uns, unserer Geschäftsleitung, unseren Beschäftigten oder anderen Personen, die mit uns direkt oder indirekt durch Kontrolle verbunden sind, und Ihnen oder zwischen den Kunden untereinander nicht auf die Kundeninteressen, einschließlich deren Nachhaltigkeitspräferenzen, auswirken. Details dazu finden Sie in den Grundsätzen zum Interessenkonfliktmanagement in dieser Broschüre.

C. Informationen über Dienstleistungen

Wir betreiben alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.), soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg keine Einschränkungen vorsehen.

Anlageberatung

Im Rahmen der Anlageberatung sprechen wir Ihnen gegenüber eine Empfehlung im Hinblick auf bestimmte für Sie geeignete Finanzinstrumente aus. Wir stützen diese Empfehlung auf eine Prüfung Ihrer persönlichen Umstände. Für diese Prüfung erfragen wir zum Beispiel Ihre Anlageziele und Ihre finanziellen Verhältnisse. Zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Anlageberatung, die die Qualität der Dienstleistungen für den Kunden verbessert und die Kundeninteressen bestmöglich berücksichtigt, wird von uns eine breite Palette von Produkten verschiedener Emittenten in die Auswahl einbezogen. Dabei werden aus der weltweit inzwischen unüberschaubaren Anzahl von Produkten unzähliger Emittenten vorrangig hauseigene Finanzinstrumente und ausgewählte Finanzinstrumente bestimmter Emittenten, die unseren Auswahlkriterien entsprechen, angeboten.

Einzelheiten und Informationen zum jeweiligen Produkt stellt Ihnen gern Ihr Berater zur Verfügung. Gleichfalls sind Prospekte, die nach dem Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht wurden, sowie gegebenenfalls auch wesentliche Anlegerinformationen zu Investmentvermögen (Fonds) und Produktinformationsblätter/Basisinformationsblätter auf der Homepage des Emittenten abrufbar.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass im Falle der Anlageberatung keine regelmäßige Beurteilung der Geeignetheit der empfohlenen Finanzinstrumente durch uns erfolgt. Auch weisen wir darauf hin, dass wir im Falle der Anlageberatung – wie auch bei beratungsfreier Orderausführung – keine Überwachung der Wertentwicklung des Portfolios und der einzelnen Finanzinstrumente – mit Ausnahme des gesetzlich vorgeschriebenen Verlustschwellen-

reportings i.S.v. Art 62 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 – vornehmen.

Informationen über die Risikoklassen der von uns empfohlenen Finanzinstrumente

In der Sparkassen-Finanzgruppe werden die im Rahmen der Anlageberatung empfohlenen Finanzinstrumente in eine von insgesamt fünf Produktrisikoklassen eingestuft. Bei der Risikobereitschaft des Kunden gibt es ebenfalls fünf mögliche Kategorien – von 1 („sehr geringe Risikobereitschaft“) bis zu 5 („sehr hohe Risikobereitschaft“). Für jede Kategorie der Risikobereitschaft gibt es in der Sparkassen-Finanzgruppe folglich eine entsprechende Produktrisikoklasse. Hierdurch möchten wir sicherstellen, dass die Ihnen empfohlenen Finanzinstrumente jeweils zu Ihrer maximalen Risikobereitschaft passen.

Die Produktrisikoklassen der Sparkassen-Finanzgruppe sind nicht identisch mit den gesetzlich geregelten Risikoindikatoren, die in den von den Herstellern bereitzustellenden gesetzlichen Informationsblättern (wesentliche Anlegerinformationen, Basisinformationsblatt) angegeben werden. Die dort verwendeten Risikoindikatoren reichen dabei von 1 (niedrigstes Risiko) bis 7 (höchstes Risiko). Im Rahmen einer Anlageberatung führen wir die sieben Risikoindikatoren mit den fünf Produktrisikoklassen zusammen.

In der Geeignetheitserklärung, die wir Ihnen nach einer Anlageberatung zur Verfügung stellen, beziehen wir uns jeweils auf die Risikoklasse der Sparkassen-Finanzgruppe."

Beratungsfreies Geschäft

Beim beratungsfreien Geschäft treffen Sie Ihre Anlageentscheidungen unabhängig von einer persönlichen Anlageempfehlung unsererseits. Im Falle einer Auftragserteilung zu einem bestimmten Finanzinstrument überprüfen wir, ob Sie über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um die Risiken im Zusammenhang mit der Art der Finanzinstrumente angemessen beurteilen zu können (Angemessenheitsprüfung). Dazu holen wir vorab Informationen über Ihre Kenntnisse und Erfahrungen ein. Anders als bei der Anlageberatung werden Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse in diesem Fall nicht berücksichtigt. Gelangen wir bei dieser Angemessenheitsprüfung auf Basis der uns vorliegenden Informationen / Daten zu der Auffassung, dass das von Ihnen in Betracht gezogene Finanzinstrument im obigen Sinne für Sie nicht angemessen ist, werden wir Sie hierüber informieren. Wünschen Sie dennoch die Ausführung Ihres Auftrags, dürfen wir diesen weisungsgemäß ausführen.

Kundeneinstufung und Schutzniveau

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben stufen wir Sie vor der erstmaligen Erbringung einer Wertpapierdienstleistung oder -nebenleistung als »Privatkunde«, »professioneller Kunde« oder »geeignete Gegenpartei« ein. Aus der Einstufung als »professioneller Kunde« oder als »geeignete Gegenpartei« erwachsen Einschränkungen des Kundenschutzniveaus.

Eine Änderung Ihrer Kundeneinstufung können Sie in Schriftform beantragen. Dies gilt für die Möglichkeit einer Umstufung in ein höheres Schutzniveau, das heißt eine Einstufung als

professioneller Kunde oder Privatkunde, wenn Sie als geeignete Gegenpartei eingestuft werden könnten beziehungsweise als Privatkunde, wenn Sie als professioneller Kunde eingestuft werden könnten. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen gilt dies auch für eine Umstufung in ein niedrigeres Schutzniveau, das heißt eine Einstufung als professioneller Kunde, wenn Sie als Privatkunde eingestuft werden könnten beziehungsweise als geeignete Gegenpartei, wenn Sie als professioneller Kunde eingestuft werden könnten. Im Fall einer Umklassifizierung in ein niedrigeres Schutzniveau erhalten Sie von uns eine Information über jegliche aus einer anderen Einstufung erwachsende Einschränkung des Kundenschutzniveaus.

Information zum Widerrufsrecht im Falle eines Nachtrags zum Wertpapierprospekt

Um ein Wertpapier der Europäischen Union öffentlich anbieten zu können, ist der Anbieter (in der Regel der Emittent dieses Wertpapiers) gemäß der EU-Prospektverordnung (Verordnung (EU) 2017/1129) grundsätzlich verpflichtet, einen Wertpapierprospekt zu veröffentlichen, welcher von der jeweils zuständigen nationalen Aufsichtsbehörde (in Deutschland ist dies die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin) gebilligt wurde. Der Wertpapierprospekt enthält eine ausführliche Beschreibung des jeweiligen Wertpapiers und wird auf der Website des Emittenten veröffentlicht.

Es besteht unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen die Möglichkeit, dass ein sog. Nachtrag zum Wertpapierprospekt vom Emittenten veröffentlicht wird. In einem solchen Nachtrag müssen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben vom Emittenten jeder wichtige neue Umstand sowie jede wesentliche Unrichtigkeit / Ungenauigkeit in Bezug auf die in einem Prospekt enthaltenen Angaben, welche die Bewertung des Wertpapiers beeinflussen können und die in einem bestimmten Zeitraum (und zwar zwischen der Billigung des Prospekts und dem Auslaufen der Angebotsfrist oder – falls später – der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt) auftreten oder festgestellt werden, unverzüglich genannt werden. Jeder Nachtrag wird vom jeweiligen Emittenten auf seiner Website veröffentlicht.

Wenn Sie ein Wertpapier erworben oder gezeichnet haben und der hierfür maßgebliche Wertpapierprospekt Gegenstand eines Nachtrags ist, kann Ihnen gemäß Artikel 23 der EU-Prospektverordnung ein Widerrufsrecht zustehen.

Der Nachtrag wird (entsprechend der gesetzlichen Vorgaben) Angaben dazu enthalten

- unter welchen Umständen Anlegern ein Widerrufsrecht zusteht,
- an wen sich die Anleger wenden können, wenn sie ihr Widerrufsrecht ausüben wollen und
- die Frist, innerhalb derer Anleger von ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen können (die Frist für den Widerruf beträgt gesetzlich 3 Arbeitstage ab Veröffentlichung des Nachtrags; die Frist kann vom Emittenten jedoch auch freiwillig verlängert werden).

Der Widerruf bedarf keiner Begründung.

Wir werden Sie über die Veröffentlichung eines Nachtrags zeitnah (i. d. R. bis zum Ende des ersten Arbeitstages nach Veröffentlichung des Nachtrags) informieren, allerdings nur,

- wenn Sie das Wertpapier über uns in einem bestimmten Zeitraum erworben oder gezeichnet haben (und zwar zwischen dem Zeitpunkt der Billigung des Prospekts für das betreffende Wertpapier und dem Ende der Erstausgabefrist des Wertpapiers; die Erstausgabefrist bezieht sich auf den Zeitraum, in dem Emittenten oder Anbieter dem Publikum Wertpapiere gemäß dem Prospekt anbieten und schließt nachfolgende Zeiträume aus, in denen Wertpapiere auf dem Markt weiterverkauft werden),
- soweit Ihnen ein Widerrufsrecht für das betreffende Wertpapier zustehen kann und
- sofern Sie ein elektronisches Postfach bei uns führen.

Daher empfehlen wir Ihnen die Einrichtung eines elektronischen Postfachs. Sprechen Sie uns hierzu gerne an. Andernfalls werden wir Sie nicht über einen Nachtrag informieren. In diesem Fall sollten Sie die Website des Emittenten selbst überwachen und prüfen, ob ein Nachtrag veröffentlicht wird.

Wir werden Ihnen bei der Ausübung des Widerrufsrechts gerne behilflich sein.

D. Informationen über den Zielmarkt des Produkts

Für Wertpapiere und sonstige Finanzinstrumente wird ein Zielmarkt festgelegt. Mit dem Zielmarkt werden die Kundengruppen beschrieben, an die sich das Produkt richtet. Im Rahmen der Beratung bzw. der Ordererteilung informiert Sie Ihr Berater auf Wunsch gerne über den Zielmarkt des empfohlenen bzw. von Ihnen gewünschten Produkts. Bei beratungsfreien Orders werden wir den Zielmarkt nur im Hinblick auf die Zielmarktkriterien Kundenkategorie sowie, soweit dies gesetzlich vorgegeben ist, Kenntnisse und Erfahrungen prüfen.

E. Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken und Nachhaltigkeitsfaktoren bei der Anlageberatung

Über die der Anlageberatung vorgelagerte Produktauswahl entscheiden wir unter Berücksichtigung konkreter Produkteigenschaften, welche Finanzinstrumente in unser Beratungsuniversum aufgenommen werden. Durch die Auswahl der Finanzinstrumente, die wir Ihnen in der Anlageberatung als für Sie geeignet empfehlen, beziehen wir Nachhaltigkeitsrisiken und die Nachhaltigkeitsfaktoren Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung bei der Anlageberatung ein. Hierfür kooperieren wir eng mit unseren Produktpartnern (Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe und dritte Anbieter). Unter einem Nachhaltigkeitsrisiko verstehen wir ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen bzw. deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert der Investition unserer Kunden haben könnte.

Im Rahmen der Produktauswahl orientieren wir uns zum einen an den Vorgaben unserer Produkthanbieter. Diese sind aufgrund regulatorischer Vorgaben oder Branchenstandards

generell verpflichtet, Nachhaltigkeitsaspekte im Rahmen ihrer Investitionsentscheidungen (bei Investmentfonds) oder über die Auswahl der Basiswerte (bei Zertifikaten) zu berücksichtigen. Zum anderen berücksichtigen bestimmte Finanzinstrumente mit Nachhaltigkeitsmerkmalen Nachhaltigkeitsfaktoren, wie z.B. Mindestausschlüsse auf Basis eines anerkannten Branchenstandards. Dies bedeutet zugleich, dass bei Investmentfonds nicht in bestimmte Unternehmen investiert wird, die besonders hohe Nachhaltigkeitsrisiken aufweisen. Bei Zertifikaten werden diese nicht als Basiswert zugrunde gelegt. Alternativ dazu wählen wir auch Finanzinstrumente mit Nachhaltigkeitsmerkmalen die in nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten investieren (Produkte mit Auswirkungsbezug). Bei Investmentfonds, die wir insbesondere unseren Kundinnen und Kunden ohne Nachhaltigkeitspräferenz empfehlen, sind die Kapitalverwaltungsgesellschaften aufgrund regulatorischer Vorgaben verpflichtet, darüber zu informieren, ob sie Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen ihrer Investitionsentscheidungen berücksichtigen. Auf diese Weise trägt der Produktauswahlprozess maßgeblich dazu bei, dass Nachhaltigkeitsfaktoren auf Basis der gesetzlichen Vorgaben sowie eines ergänzenden Branchenstandards berücksichtigt und verstärkt Finanzinstrumente in das Beratungsuniversum aufgenommen werden, die keine unangemessen hohen Nachhaltigkeitsrisiken aufweisen.

Unsere ausführliche Strategie zur Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken und zur Berücksichtigung der wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren bei der Anlageberatung haben wir auf der Website unseres Hauses veröffentlicht.

F. Informationen über Ausführungsplätze

Informationen über die avisierten Ausführungsplätze entnehmen Sie bitte unseren Ausführungsgrundsätzen in dieser Broschüre.

G. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Für Wertpapier- und sonstige Finanzdienstleistungen verarbeiten wir Ihre hierfür jeweils erforderlichen personenbezogenen Daten. Zwecke sind die Erfüllung der mit Ihnen geschlossenen Verträge (z.B. Beratungsverträge, Depotverträge) und die Erfüllung uns obliegender rechtlicher Verpflichtungen (z.B. aus dem WpHG).

H. Information zum Steuer- einbehalt bei Kapitalerträgen ohne Liquiditätszufluss

Sofern wir den Einbehalt einer Kapitalertragsteuer nicht aus einem Liquiditätszufluss vornehmen können (z.B. im Fall der Vorabpauschale bei Investmentfonds oder bei der Einbuchung von Bonusaktien), sind wir gesetzlich ermächtigt, die anfallende Kapitalertragsteuer einem bei uns geführten Konto des Kunden zu belasten. Die Belastung eines nicht ausgeschöpften Kontokorrentkredits (eingeräumte Kontoüberziehung) ist dabei ausgeschlossen, wenn Sie vor dem Zufluss der Kapitalerträge der Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits widersprechen.

Deckt das zur Verfügung stehende Guthaben einschließlich eines zur Verfügung stehenden Kontokorrentkredits den Steuerbetrag nicht oder nicht vollständig ab, sind wir gesetzlich verpflichtet, den vollen Kapitalertrag dem Finanzamt anzuzeigen.

I. Hinweis auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung, der sonstigen Beschwerdemöglichkeit und zivilrechtlichen Klage

Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Landesbank Baden-Württemberg besteht für Verbraucher die Möglichkeit, sich an die beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) eingerichtete Verbraucherschlichtungsstelle zu wenden. Bei Streitigkeiten über Zahlungsdienste und E-Geld können auch Nichtverbraucher (Geschäftskunden) die Schlichtungsstelle beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) anrufen.

Die Beschwerde ist in Textform zu richten an:
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)
Verbraucherschlichtungsstelle
Postfach 110272
D-10832 Berlin
E-Mail: ombudsmann@voeb-kbs.de
Internet: www.voeb.de

Näheres regelt die Verfahrensordnung der vorgenannten Schlichtungsstelle, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Wir nehmen am Streitbeilegungsverfahren vor dieser anerkannten Verbraucherschlichtungsstelle teil.

Streitbeilegung bei online abgeschlossenen Verträgen

Zur Beilegung von Streitigkeiten aus online abgeschlossenen Verträgen können sich Verbraucher alternativ an die Online-Plattform unter <http://ec.europa.eu/odr> wenden.

Information zur Beschwerde über Zahlungsdienstleister

Bei behaupteten Verstößen gegen

- das Zahlungsdienstaufsichtsgesetz,
- die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder

- Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

kann darüber hinaus schriftlich oder zur Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde zur Bundesanstalt soll unter Angabe des Sachverhaltes und des Beschwerdegrundes erfolgen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht stellt unter https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/BeschwerdenStreitschlichtung/BeiBaFinbeschwerden/BeiBaFinbeschwerden_node.html Wissenswertes zu Beschwerden über beaufsichtigte Unternehmen bereit.

Die Adressen lauten:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
D-53117 Bonn
und
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Marie-Curie-Straße 24-28
D-60439 Frankfurt am Main

In den vorgenannten Fällen kann selbstverständlich auch Beschwerde bei der LBBW selbst eingelegt werden. Die LBBW beantwortet diese Beschwerden schriftlich oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger. Ferner besteht die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten.

Streitbeilegung für Kunden*innen in der Schweiz (gem. Finanzdienstleistungsgesetz der Schweiz "FIDLEG")

Bei Streitigkeiten mit der Landesbank Baden-Württemberg, die den Anforderungen des FIDLEG unterliegen, besteht die Möglichkeit den „Verein Ombudsstelle Finanzdienstleister (OFD)“ anzurufen. Die Beschwerde ist mit Hilfe des online zur Verfügung gestellten Ermächtigungsformulars (Internetportal der OFD) zu richten an:

Verein Ombudsstelle Finanzdienstleister (OFD)
Bleicherweg 10
CH-8002 Zürich
E-Mail: ombudsmann@ofdl.ch
Telefon: +41 44 562 05 25
Internet: www.ofdl.ch

J. Allgemeine Informationen zur Einzelkunden-Kontentrennung

Gemäß Artikel 38 Absatz 5 und 6 CSDR ist die LBBW als Teilnehmerin des Zentralverwahrers Clearstream Banking AG (CBF) verpflichtet, ihren Kunden die Wahl zwischen der Omnibuskunden-Kontentrennung und einer Einzelkunden-Kontentrennung anzubieten und sie über die mit jeder dieser Optionen verbundenen Kosten und Risiken zu informieren.

Die LBBW verwahrt die von den Kunden hinterlegten Wertpapiere bei dem Zentralverwahrer CBF in sogenannten Omnibusdepots (Drittverwahrung). Das heißt, alle bei der LBBW hinterlegten Wertpapiere werden dort zusammen in auf den Namen der LBBW geführten Depots verwahrt (Omnibuskunden-Kontentrennung).

Zur Durchführung der Verwahrung und Abwicklung von Wertpapiertransaktionen unterhält die LBBW beim Zentralverwahrer CBF – wie vom Depotgesetz vorgesehen – ein Sammeldepot, in dem die Wertpapierbestände aller ihrer Kunden zusammen verbucht sind. Die gesetzlichen Regeln gewährleisten einen umfassenden Schutz des Kundenvermögens. Das Sammeldepot wird als Fremddepot geführt, so dass die darin verbuchten Wertpapiere nicht für Verbindlichkeiten der LBBW haften. Der Kunde wäre als (anteiliger) Miteigentümer im Fall der Insolvenz der LBBW unabhängig von anderen Kunden berechtigt, die Übertragung seiner Wertpapierbestände in das Depot bei einem anderen Kreditinstitut zu verlangen (sog. „Aussonderung“ gemäß Insolvenzordnung).

Entsprechend der o.g. gesetzlichen Verpflichtung kann der Kunde nun alternativ bei der LBBW beantragen, dass die LBBW für seine Wertpapierbestände bei der deutschen Wertpapiersammelbank ein gesondertes Depot einrichtet und diese dort getrennt von den Beständen anderer Kunden verbuchen lässt (sog. „Einzelkunden-Kontentrennung“). Auch in diesem Fall erhält der Kunde anteiliges Miteigentum und könnte im Falle einer Insolvenz der Landesbank Baden-Württemberg in gleicher Weise wie beim Sammeldepot die Aussonderung seiner Wertpapierbestände verlangen. Die Einzelkunden-Kontentrennung ist mit zusätzlichen Kosten verbunden (aktuell ca. € 24.000,00 / Jahr zzgl. USt sowie einer aufwands-abhängigen Einrichtungsgebühr – Ausweis im Preis- und Leistungsverzeichnis der LBBW folgt) und kann in Einzelfällen zu längeren Bearbeitungszeiten in der Wertpapierabwicklung führen. Die vertragliche und technische Abstimmung sowie Einrichtung kann bis zu 6 Wochen in Anspruch nehmen.

Grundsätze zum Interessenkonfliktmanagement*

Die Bank hat folgende Vorkehrungen getroffen, damit sich Interessenkonflikte zwischen ihr, ihrer Geschäftsleitung, ihren Beschäftigten und vertraglich gebundenen Vermittlern oder anderen Personen, die mit ihr direkt oder indirekt durch Kontrolle verbunden sind, und ihren Kunden oder zwischen den Kunden untereinander nicht auf die Kundeninteressen, einschließlich deren Nachhaltigkeitspräferenzen, auswirken:

I. In unserem Haus können Interessenkonflikte auftreten

zwischen unseren Kunden und

- a. unserem Haus (einschließlich der Unternehmen unserer Gruppe)
- b. den in unserem Haus beschäftigten oder mit diesen verbundenen relevanten Personen, inkl. unserer Geschäftsleitung
- c. Personen, die durch Kontrolle mit unserem Haus verbunden sind und
- d. anderen Kunden

bei folgenden Wertpapier-Dienstleistungen/-Nebendienstleistungen:

- a. Finanzkommissionsgeschäft (Anschaffung oder Veräußerung von Finanzinstrumenten im eigenen Namen für fremde Rechnung),
- b. Eigenhandel (Anschaffung oder Veräußerung von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung als Dienstleistung für andere),
- c. Eigengeschäft (Anschaffung oder Veräußerung von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung jedoch nicht als Dienstleistung für andere),
- d. Abschlussvermittlung (Anschaffung oder Veräußerung von Finanzinstrumenten in fremdem Namen für fremde Rechnung),
- e. Anlagevermittlung (Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten oder deren Nachweis),
- f. Emissionsgeschäft (Übernahme von Finanzinstrumenten für eigenes Risiko zur Platzierung oder die Übernahme gleichwertiger Garantien),
- g. Platzierungsgeschäft (Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung),

- h. Finanzportfolioverwaltung/Vermögensverwaltung (Verwaltung einzelner oder mehrerer in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum),
- i. Anlageberatung (Abgabe von persönlichen Empfehlungen an Kunden oder deren Beauftragte, die sich auf Geschäfte mit bestimmten Finanzinstrumenten beziehen, sofern die Empfehlung auf eine Prüfung der persönlichen Umstände des Anlegers gestützt oder als für ihn geeignet dargestellt wird und nicht ausschließlich über Informationsverbreitungskanäle oder für die Öffentlichkeit bekannt gegeben wird),
- j. Depotgeschäft (Verwahrung und Verwaltung von Finanzinstrumenten für andere und damit verbundene Dienstleistungen),
- k. Gewährung von Krediten oder Darlehen an andere für die Durchführung von Wertpapierdienstleistungen, sofern das (Konzern-) Unternehmen, das den Kredit oder das Darlehen gewährt, an diesen Geschäften beteiligt ist,
- l. Beratung von Unternehmen über die Kapitalstruktur, die industrielle Strategie sowie die Beratung und das Angebot von Dienstleistungen bei Unternehmenskäufen und Unternehmenszusammenschlüssen (M&A-Geschäft),
- m. Devisengeschäfte, die in Zusammenhang mit Wertpapierdienstleistungen stehen,
- n. Erstellung, Verbreitung oder Weitergabe von Finanzanalysen/Anlageempfehlungen (oder anderen Informationen über Finanzinstrumente oder deren Emittenten, die direkt oder indirekt eine Empfehlung für eine bestimmte Anlageentscheidung enthalten),
- o. Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit dem Emissionsgeschäft stehen,
- p. Dienstleistungen, die sich auf einen Basiswert im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 2 oder 5 WpHG beziehen

insbesondere

- a. aus persönlichen Beziehungen relevanter Personen (Geschäftsleiter oder Mitarbeiter oder mit diesen verbundenen Personen)
 - a. unseres Hauses mit Emittenten von Finanzinstrumenten, z. B. über die Mitwirkung in Aufsichts-/Verwaltungs- oder Beiräten bzw.
 - b. von Emittenten von Finanzinstrumenten mit unserem Haus (z. B. als Kunden unseres Hauses)

*Stand: April 2022

sowie

- b. aus Beziehungen unseres Hauses zu Emittenten von Finanzinstrumenten dadurch, dass
 - a. der jeweilige Emittent Tochterunternehmen unseres Hauses ist oder
 - b. unser Haus an dem jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten direkt oder indirekt beteiligt ist
- und wenn unser Haus
- c. an Emissionen des jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten mitwirkt,
 - d. Kredit-/Garantiegeber des jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten ist,
 - e. an der Erstellung einer Finanzanalyse/Anlageempfehlung zum jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten beteiligt ist,
 - f. Zahlungen an/von den/dem jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten erbringt/ erhält,
 - g. mit dem jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten Kooperationen eingegangen ist oder
 - h. mit dem jeweiligen Emittenten von Finanzinstrumenten gemeinsame direkte oder indirekte Tochterunternehmen/ Beteiligungen betreibt/hält,
 - i. oder ein Unternehmen unserer Gruppe ein Darlehen oder einen Kredit an den Emittenten vergeben hat, welches durch den Erlös einer von uns begleiteten Emission zurückgezahlt werden soll.

II. Es können Interessenkonflikte auch dadurch auftreten, dass

- a. unserem Haus oder einzelnen relevanten Personen unseres Hauses Informationen vorliegen, die zum Zeitpunkt eines Kundengeschäfts noch nicht öffentlich bekannt sind,
- b. Anreize zur Bevorzugung eines bestimmten Finanzinstruments z. B. bei Analyse, Beratung, Empfehlung oder Auftragsausführung vorliegen oder
- c. Grundsätze oder Ziele, die den Umsatz, das Volumen oder den Ertrag der im Rahmen der Anlageberatung empfohlenen Geschäfte unmittelbar oder mittelbar betreffen (Vertriebsvorgaben), aufgestellt werden.

III. Wir als Wertpapierfirma selbst wie auch unsere Mitarbeiter

sind entsprechend den gesetzlichen Grundlagen verpflichtet, die unter Ziffer I. genannten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen ehrlich, redlich und professionell im Interesse unserer Kunden zu erbringen und Interessenkonflikte, soweit möglich, zu vermeiden. Unabhängig davon haben wir eine Compliance-Organisation eingerichtet, die insbesondere folgende Maßnahmen umfasst:

- a. die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen mit so genannten »Chinese Walls«, d. h. virtuellen bzw. tatsächlichen Barrieren zur Beschränkung des Informationsflusses,
- b. Verpflichtung zur Offenlegung aller Geschäfte in Finanzinstrumenten bei Mitarbeitern, bei denen im Rahmen ihrer Tätigkeit Interessenkonflikte auftreten können,
- c. Führen einer Beobachtungsliste bzw. Sperrliste in die Finanzinstrumente, in denen es zu Interessenkonflikten kommen kann, aufgenommen werden. Geschäfte in Finanzinstrumenten aus der Beobachtungsliste bleiben erlaubt, werden aber zentral beobachtet; Geschäfte in Finanzinstrumenten aus der Sperrliste sind untersagt,
- d. Führung einer Insiderliste. In diese Liste werden anlassbezogen alle relevanten Personen unseres Hauses, die bestimmungsgemäß Insiderinformationen haben, (mit Zeitpunkt und Art der Information) aufgenommen,
- e. laufende Kontrolle aller Geschäfte der in unserem Haus tätigen relevanten Personen,
- f. Ausführung von Aufträgen entsprechend unseren Ausführungsgrundsätzen bzw. der Weisung des Kunden,
- g. Regelungen über die Annahme von Geschenken und sonstigen Vorteilen,
- h. Schulung unserer Mitarbeiter,
- i. Überwachung der Einhaltung der Kundeninteressen bei Ausgestaltung und Umsetzung von Vertriebsvorgaben sowie
- j. Berücksichtigung der Kundeninteressen im Rahmen der Einrichtung, sachgerechten Ausgestaltung und Umsetzung des Vergütungssystems,
- k. Berücksichtigung der Kundeninteressen im Rahmen der Produktüberwachung
- l. Austausch von Informationen mit Gruppenunternehmen, die als Kreditanbieter fungieren, soweit dies nicht gegen Informationsbarrieren, die von uns zum Schutz der Interessen eines Kunden eingerichtet wurden, verstoßen würde.

IV. Sind Interessenkonflikte in Einzelfällen ausnahmsweise

nicht durch die obige Aufgabenteilung oder unsere Compliance-Organisation vermeidbar, werden wir unsere Kunden entsprechend diesen Grundsätzen darauf hinweisen. Wir werden ggf. in diesen Fällen auf eine Beurteilung, Beratung oder Empfehlung zum jeweiligen Finanzinstrument verzichten.

V. Auf Wunsch des Kunden werden wir

weitere Einzelheiten zu diesen möglichen Interessenkonflikten zur Verfügung stellen.

Allgemeine Information für Kunden über Zuwendungen*

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

für Ihre Vermögensanlage in Wertpapieren und sonstigen Finanzinstrumenten bieten wir Ihnen eine umfassende Information und individuelle Beratung an. Insbesondere unterstützen wir Sie fachkundig, eine Anlageentscheidung unter Berücksichtigung Ihrer Erfahrungen und Kenntnisse in Geschäften mit Finanzinstrumenten, Ihrer finanziellen Verhältnisse, Anlageziele und Ihrer Risikobereitschaft zu treffen.

Auch im Nachgang Ihrer Anlageentscheidung unterstützen wir Sie. Auf Wunsch überprüfen wir mit Ihnen im Rahmen eines Beratungsgesprächs, ob Ihre Finanzinstrumente weiterhin für Sie geeignet sind.

Auch im Rahmen der Vermögensverwaltung dürfen nur Geschäfte getätigt werden, die für den Kunden nach den eingeholten Informationen geeignet sind. Zudem erhält der Kunde jeweils per Quartalsende einen Rechenschaftsbericht über die Vermögensverwaltung. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die vertraglich vereinbarte Vermögensverwaltung (Finanzportfolioverwaltung).

Die Rechenschaftsberichte informieren den Kunden über die Berücksichtigung der von ihm gewünschten Anlagestrategie/Anlagerichtlinien bei den Anlageentscheidungen.

Dieser Service ist für uns mit einem kostenintensiven personellen und organisatorischen Aufwand verbunden. Zur Deckung dieses Aufwandes erhalten wir von unseren Vertriebspartnern **Vertriebsvergütungen** u.a. in Form von **Zuwendungen**. Zuwendungen können in Form von **Geldzahlungen** oder **sonstigen geldwerten Vorteilen** gewährt werden. Werden **Zuwendungen in Form von Geldzahlungen** erbracht, ist zwischen einmaligen und laufenden Zahlungen zu unterscheiden. **Einmalige Zuwendungen** werden an uns von unseren Vertriebspartnern als einmalige, umsatzabhängige Vergütung geleistet. **Laufende Zuwendungen** werden an uns von unseren Vertriebspartnern als wiederkehrende, bestandsabhängige Vergütung geleistet. Zuwendungen in Form von geldwerten Vorteilen (teilweise auch nur als geringwertiger Vorteil) können wir von Produkt- und Dienstleistungsanbietern erhalten. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um mitarbeiterorientierte Sachleistungen (z. B. technische Unterstützungsleistungen, Informationsmaterial zu Produkten und Markt, allgemeine Vertriebsunterstützung), mitarbeiterorientierte Dienstleistungen (z. B. Schulungsmaßnahmen, Fachtagungen, Vorträge, Beratungsleistungen) und kundenorientierten Sach- und Dienstleistungen (z. B. Vertriebsmaterial, Kundenveranstaltungen und -vorträge, Give-aways). Dabei stellen wir

organisatorisch jeweils sicher, dass diese Zuwendungen Ihren Interessen als Kunde nicht entgegenstehen, sondern dafür eingesetzt werden, die Qualität der von uns erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen aufrechtzuerhalten und weiter zu verbessern.

Unabhängig hiervon informieren wir Sie jeweils über die aktuellen Vertriebsvergütungen bzgl. empfohlener Finanzinstrumente, die wir von unseren Vertriebspartnern insbesondere beim Vertrieb von Anteilen an Investmentvermögen, beim Vertrieb verzinslicher Wertpapiere, beim Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen, und bei Zeichnungen von Aktienneuemissionen und Platzierung von Aktien erhalten.

Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die Anlageberatung erbringen, sind u.a. verpflichtet, ihre Kunden zu informieren, ob die Anlageberatung als sogenannte »Unabhängige Honorar-Anlageberatung« erbracht wird oder nicht (vgl. § 64 Abs. 1 Nr. 1 WpHG, Art. 52 MiFID II Delegierte Verordnung).

Daher informieren wir Sie darüber, dass wir die Anlageberatung – wie schon bislang – nicht als Honorar-Anlageberatung erbringen. Das bedeutet, dass wir Ihnen kein gesondertes Entgelt für unsere Beratungsleistungen berechnen. Im Zusammenhang mit der Anlageberatung dürfen wir jedoch Zuwendungen gem. § 70 WpHG von unseren Vertriebspartnern erhalten. Wir setzen die erhaltenen Zuwendungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Qualität der von uns erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen ein. Die Erbringung in Form der provisionsbasierten Anlageberatung hat im Übrigen keine Auswirkungen auf die Unabhängigkeit unserer Beratungsdienstleistungen.

Darüber hinaus finden Sie nachfolgend allgemeine Informationen zu Vertriebsvergütungen (u.a. Zuwendungen), mit denen wir eine größtmögliche Transparenz als Grundlage für Ihre Anlageentscheidung schaffen wollen.

1. Anteile an Investmentvermögen

Einmalige Zuwendung: Fondsgesellschaften erheben bei der Ausgabe von Fondsanteilen einen Ausgabeaufschlag, der uns bis zur Höhe des gesamten Ausgabeaufschlags als einmalige Vertriebsvergütung zufließen kann. Die Höhe des Ausgabeaufschlags beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 5,5 % des Nettoinventarwerts des Anteils und bei Aktienfonds, offenen Immobilienfonds und Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 5,75 % des Nettoinventarwerts des Anteils.

Laufende Zuwendung: Bei Fonds ohne Ausgabeaufschlag wird kein Ausgabeaufschlag erhoben, sondern dem Fondsvermögen zur Verbesserung der Qualität unserer Dienstleistungserbringung eine laufende Vertriebsvergütung entnommen.

Diese laufende Zuwendung erhalten wir für den Zeitraum, in dem Sie die Fondsanteile in Ihrem Depot verwahren lassen.

Teilweise erhalten wir auch bei Fonds mit Ausgabeaufschlag eine laufende Zuwendung, die typischerweise geringer ausfällt, als bei Fonds ohne Ausgabeaufschlag. Die Höhe der laufenden Zuwendung beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 1,2 % p.a., bei Aktienfonds zwischen 0,1 und 1,5 % p.a., bei offenen Immobilienfonds zwischen 0,1 und 0,6 % p.a. und bei Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 1,7 % p.a.

2. Verzinsliche Wertpapiere, die nicht von der LBBW emittiert werden

Wir erhalten beim Verkauf verzinslicher Wertpapiere in Abhängigkeit von der Laufzeit des jeweiligen Wertpapiers einmalige Zuwendungen vom Emittenten oder Vertriebspartner, die in der Regel zwischen 0,1 und 3,5 % des Kurswertes oder des Nennwertes betragen.

3. Zertifikate oder strukturierte Anleihen, die nicht von der LBBW emittiert werden

Einmalige Zuwendung: Die Emissionshäuser berechnen bei einem Teil der von ihnen aufgelegten Zertifikate und strukturierten Anleihen einmalige Ausgabeaufschläge, deren Höhe je nach Produktausgestaltung (Aktienanleihen, Bonus-Zertifikate, Express-Zertifikate, Kapitalschutzzertifikate usw.) und Laufzeit variiert und beträgt in der Regel zwischen 0,1 und 5 % des Kurswertes oder des Nennwertes.

Laufende Zuwendung: In Ausnahmefällen fallen auch bei Zertifikaten und strukturierten Anleihen laufende Zuwendungen an, solange sich die entsprechenden Zertifikate oder strukturierte Anleihen in Ihrem Depot befinden. Sofern auch bei Zertifikaten oder strukturierten Anleihen laufende Zuwendungen gezahlt werden, beträgt die laufende Zuwendung in der Regel zwischen 0,1 und 1,5 % p.a.

4. Aktienneuemissionen und Platzierungen von Aktien

Bei Zeichnung von Aktienneuemissionen erhalten wir in manchen Fällen vom Emittenten nach Zuteilung eine Vergütung auf die Gesamtzuteilungssumme (einmalige Zuwendung). Die Rahmenbedingungen werden vom Emittenten bzw. dem Emissionskonsortium festgelegt.

Ob und in welcher Höhe Zuwendungen fließen, teilt Ihnen Ihr Kundenberater mit.

5. Andere Finanzinstrumente

Soweit wir Zuwendungen bezüglich anderer Finanzinstrumente erhalten, werden wir Ihnen diese im Einzelfall mitteilen.

Der Kunde erklärt sich damit einverstanden, dass die Bank die von dem Dritten an sie geleisteten Vertriebsvergütungen behält, vorausgesetzt, dass die Bank die Vertriebsvergütungen nach den Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes (insbesondere § 70 WpHG) annehmen darf. Insoweit treffen der Kunde und die Bank die von der gesetzlichen Regelung des Rechts der Geschäftsbesorgung (§§ 675, 667 BGB, 384 HGB) abweichende Vereinbarung, dass ein Anspruch des Kunden gegen die Bank auf Herausgabe der Vertriebsvergütungen nicht entsteht. Ohne diese Vereinbarung müsste die Bank – die Anwendbarkeit des Rechts der Geschäftsbesorgung auf alle zwischen der Bank und dem Kunden geschlossenen Wertpapiergeschäfte unterstellt – die Vertriebsvergütungen an den Kunden herausgeben.

6. Gewährte Zuwendungen

Zuwendungen werden im Rahmen von Wertpapierdienstleistungen und -nebenleistungen auch von der LBBW an Vertriebspartner gewährt. Die gewährten Zuwendungen sind ebenfalls darauf ausgelegt, sowohl die Qualität für die am Endkunden erbrachte Dienstleistung zu verbessern als auch einer ordnungsgemäßen Erbringung der Dienstleistung im Interesse des Kunden nicht entgegenzustehen.

Wir zahlen unter Berücksichtigung der vorgenannten Voraussetzungen an unseren Vertriebspartner eine Vertriebsvergütung für die Vermittlung des Geschäfts (z.B. Vermittlung von OTC-Derivaten), deren Höhe abhängig von der konkreten Geschäftsausgestaltung variieren kann. Die Höhe dieser Vertriebsvergütung ist dem jeweiligen Kostenausweis zu entnehmen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen*

Grundlagen der Geschäftsbeziehung zwischen Kunde und Bank.

Inhaltsverzeichnis nebst Hinweis auf die Schlichtungsstelle und die Europäische Online-Streitbeilegungsplattform

Allgemeines

- Nr. 1 Grundlagen der Geschäftsbeziehung
- Nr. 2 Änderungen
- Nr. 3 Bankauskünfte
- Nr. 4 Vertretungs- und Verfügungsbefugnisse
- Nr. 5 Legitimationsurkunden
- Nr. 6 Rechtswahl, Gerichtsstand, Erfüllungsort

Kontokorrentkonten und andere Geschäfte

- Nr. 7 Kontokorrent, Rechnungsabschluss
- Nr. 8 Korrektur fehlerhafter Gutschriften
- Nr. 9 Gutschrift und Einlösung von Einzugspapieren
- Nr. 10 Auftragsbestätigung vor Ausführung
- Nr. 11 Aufrechnung durch den Kunden
- Nr. 12 Konten in ausländischer Währung
- Nr. 13 Leistungsbefreiung bei Geschäften in ausländischer Währung
- Nr. 14 Geldeingang in ausländischer Währung
- Nr. 15 Wechselkurs
- Nr. 16 Einlagengeschäft

Entgelte und Auslagen

- Nr. 17 Zinsen und Entgelte
- Nr. 18 Ersatz von Aufwendungen

Pflichten und Haftung von Bank und Kunde

- Nr. 19 Haftung der Bank
- Nr. 20 Mitwirkungs- und Sorgfaltspflichten des Kunden

AGB-Pfandrecht, Nachsicherung, Sicherheitenfreigabe

- Nr. 21 Pfandrecht, Sicherungsabtretung
- Nr. 22 Nachsicherung und Freigabe

Einzugspapiere

- Nr. 23 Inkasso im Einzugsgeschäft
- Nr. 24 Vorlegungsfrist, Eilmittel
- Nr. 25 Sicherungsrechte im Einzugsgeschäft

Auflösung der Geschäftsbeziehung

- Nr. 26 Kündigungsrecht
- Nr. 27 Weitergeltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- Nr. 28 Schutz der Einlagen durch anerkanntes Einlagensicherungssystem

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die besonderen Bedingungen der LBBW gelten für die Geschäftsverbindung des Kunden mit der Landesbank Baden-Württemberg und ihrer unselbstständigen Anstalt, der Baden-Württembergischen Bank. Erklärungen der Baden-Württembergischen Bank im Rahmen der Geschäftsverbindung berechtigen und verpflichten ausschließlich die Landesbank Baden-Württemberg.

*Stand: Januar 2024

Allgemeines

Nr. 1 Grundlagen der Geschäftsbeziehung

(1) Geschäftsbeziehung als Vertrauensverhältnis

Die Geschäftsbeziehung zwischen dem Kunden und der Bank ist durch die Besonderheiten des Bankgeschäfts und ein besonderes Vertrauensverhältnis geprägt. Der Kunde kann sich darauf verlassen, dass die Bank seine Aufträge mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns ausführt und das Bankgeheimnis wahrt.

(2) Allgemeine und besondere Geschäftsbedingungen Für die Geschäftsbeziehung gelten ergänzend zu den einzelvertraglichen Vereinbarungen diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Für einzelne Geschäftszweige gelten ergänzend oder abweichend besondere Bedingungen, z. B. für die Bereiche des Zahlungsverkehrs, des Sparverkehrs und der Wertpapiergeschäfte; diese werden beim Vertragsabschluss (etwa bei der Kontoeröffnung) oder bei der Erteilung von Aufträgen mit dem Kunden vereinbart.

Nr. 2 Änderungen

(1) Änderungsangebot

Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der besonderen Bedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Elektronische Postfach), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden.

(2) Annahme durch den Kunden

Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt, gegebenenfalls im Wege der nachfolgend geregelten Zustimmungsfiktion.

(3) Annahme durch den Kunden im Wege der Zustimmungsfiktion

Das Schweigen des Kunden gilt nur dann als Annahme des Änderungsangebotes (Zustimmungsfiktion), wenn

a) das Änderungsangebot der Bank erfolgt, um die Übereinstimmung der vertraglichen Bestimmungen mit einer veränderten Rechtslage wiederherzustellen, weil eine Bestimmung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder der besonderen Bedingungen

– aufgrund einer Änderung von Gesetzen, einschließlich unmittelbar geltender Rechtsvorschriften der Europäischen Union, nicht mehr der Rechtslage entspricht oder

– durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, auch durch ein Gericht erster Instanz, unwirksam wird oder nicht mehr verwendet werden darf oder

– aufgrund einer verbindlichen Verfügung einer für die Bank zuständigen nationalen oder internationalen Behörde (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder der Europäischen Zentralbank) nicht mehr mit den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der Bank in Einklang zu bringen ist und

b) der Kunde das Änderungsangebot der Bank nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen abgelehnt hat.

Die Bank wird den Kunden im Änderungsangebot auf die Folgen seines Schweigens hinweisen.

(4) Ausschluss der Zustimmungsfiktion

Die Zustimmungsfiktion findet keine Anwendung

– bei Änderungen der Nummern 2 und 17 Abs. 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und der entsprechenden Regelungen in den besonderen Bedingungen oder

– bei Änderungen, die die Hauptleistungspflichten des Vertrages und die Entgelte für Hauptleistungen betreffen, oder

– bei Änderungen von Entgelten, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet sind, oder

– bei Änderungen, die dem Abschluss eines neuen Vertrages gleichkommen, oder

– bei Änderungen, die das bisher vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich zugunsten der Bank verschieben würden.

In diesen Fällen wird die Bank die Zustimmung des Kunden zu den Änderungen auf andere Weise einholen.

(5) Kündigungsrecht des Kunden bei der Zustimmungsfiktion

Macht die Bank von der Zustimmungsfiktion Gebrauch, kann der Kunde den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen.

Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Kunden in ihrem Änderungsangebot besonders hinweisen.

Nr. 3 Bankauskünfte

(1) Inhalt von Bankauskünften

Bankauskünfte sind allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Kunden, deren Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.

(2) Voraussetzungen für die Auskunftserteilung

Die Bank darf Bankauskünfte über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute erteilen, sofern sich die Anfrage auf deren geschäftliche Tätigkeit bezieht und der Bank keine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. In allen anderen Fällen darf die Bank Bankauskünfte nur erteilen, wenn der Kunde dem allgemein oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt hat.

Bankauskünfte erhalten nur eigene Kunden sowie andere Kreditinstitute für deren eigene Zwecke und die ihrer Kunden; sie werden nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft darlegt.

(3) Schriftliche Bestätigung

Bei mündlichen Auskünften über Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit behält sich die Bank eine unverzügliche schriftliche Bestätigung vor, deren Inhalt von diesem Zeitpunkt an maßgeblich ist.

Nr. 4 Vertretungs- und Verfügungsbefugnisse

(1) Bekanntgabe

Der Bank bekannt gegebene Vertretungs- oder Verfügungsbefugnisse gelten, bis ihr eine Mitteilung über das Erlöschen oder eine Änderung zugeht, es sei denn, diese Umstände sind der Bank bekannt oder infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt. Dies gilt auch, wenn die Befugnisse in einem öffentlichen Register eingetragen sind und eine Änderung veröffentlicht ist.

(2) Mangel in der Geschäftsfähigkeit des Vertreters

Der Kunde trägt den Schaden, der daraus entstehen sollte, dass die Bank von einem eintretenden Mangel in der Geschäftsfähigkeit seines Vertreters unverschuldet keine Kenntnis erlangt.

Nr. 5 Legitimationsurkunden

(1) Erbnachweis

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung nachzuweisen. Leistungsbefugnis der Bank

Werden der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) sowie der Niederschrift über die zugehörige Eröffnungsverhandlung vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigte ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank die Unrichtigkeit oder Unwirksamkeit dieser Urkunden bekannt oder infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

(2) Sonstige ausländische Urkunden

Werden der Bank ausländische Urkunden als Ausweis der Person oder zum Nachweis einer Berechtigung vorgelegt, so wird sie prüfen, ob die Urkunden zum Nachweis geeignet sind. Sie haftet jedoch für deren Eignung, Wirksamkeit und Vollständigkeit sowie für deren richtige Übersetzung und Auslegung nur bei Fahrlässigkeit oder wenn die Urkunde insgesamt gefälscht ist. Im vorstehenden Rahmen kann die Bank die in den Urkunden als Berechtigte bezeichneten Personen als berechtigt ansehen, insbesondere sie verfügen lassen und mit befreiender Wirkung an sie leisten.

Nr. 6 Rechtswahl, Gerichtsstand, Erfüllungsort

(1) Deutsches Recht

Auf die Geschäftsbeziehung findet deutsches Recht Anwendung, sofern dem nicht zwingende gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

(2) Erfüllungsort

Erfüllungsort für die Bank und den Kunden ist der Sitz der Bank.

(3) Gerichtsstand

Ist der Kunde ein Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, kann die Bank an ihrem allgemeinen Gerichtsstand klagen und nur an diesem Gerichtsstand verklagt werden.

Kontokorrentkonten und andere Geschäfte

Nr. 7 Kontokorrent, Rechnungsabschluss

(1) Kontokorrent

Die Bank führt ein Konto zur Abwicklung des laufenden Geschäfts- und Zahlungsverkehrs (Girokonto) als Kontokorrent im Sinne des § 355 des Handelsgesetzbuches (Konto in laufender Rechnung).

(2) Rechnungsabschluss

Soweit nichts anderes vereinbart ist, erteilt die Bank jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss. Bei Vorliegen eines berechtigten Interesses einer der Vertragsparteien wird der Rechnungsabschluss auch zu sonstigen Terminen erteilt.

(3) Einwendungen gegen den Rechnungsabschluss

Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse müssen der Bank zugehen. Unbeschadet der Verpflichtung, Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse unverzüglich zu erheben (Nr. 20 Absatz 1 Buchst. g), gelten diese als genehmigt, wenn ihnen nicht vor Ablauf von sechs Wochen nach Zugang des Rechnungsabschlusses widersprochen wird. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung. Die Bank wird den Kunden bei Erteilung des Rechnungsabschlusses auf diese Folgen besonders hinweisen. Stellt sich nachträglich die Unrichtigkeit heraus, so können sowohl der Kunde als auch die Bank eine Richtigstellung aufgrund gesetzlicher Ansprüche verlangen.

Nr. 8 Korrektur fehlerhafter Gutschriften

(1) Stornobuchung vor Rechnungsabschluss

Gutschriften, die ohne einen verpflichtenden Auftrag gebucht werden (z. B. wegen Irrtums, Schreibfehlers), darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch einfache Buchung rückgängig machen (Stornobuchung), soweit ihr ein Rückforderungsanspruch gegen den Kunden zusteht.

(2) Korrekturbuchung nach Rechnungsabschluss

Den Rückforderungsanspruch nach Absatz 1 kann die Bank auch noch nach Rechnungsabschluss durch Korrekturbuchung geltend machen, wenn sie die fehlerhafte Gutschrift nicht mehr rechtzeitig vor diesem Zeitpunkt festgestellt hat. Bei Widerspruch des Kunden wird die Bank die Korrekturbuchung rückgängig und ihren Anspruch anderweitig geltend machen.

(3) Kennzeichnung

Storno- und Korrekturbuchungen werden im Kontoauszug gekennzeichnet.

Nr. 9 Gutschrift und Einlösung von Einzugspapieren

(1) Gutschriften »Eingang vorbehalten«

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapieren schon vor ihrer Einlösung gut, so geschieht dies unter dem Vorbehalt der Einlösung und des Einganges des Gegenwertes (E. v.-Gutschrift). Das gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder geht der Bank der Gegenwert aus einem Einzugspapier nicht zu, so macht sie die Gutschrift gemäß Nr. 23 Absatz 2 dieser AGB rückgängig, und zwar auch nach einem zwischenzeitlich erfolgten Rechnungsabschluss.

(2) Einlösung

Schecks und andere Einzugspapiere sind erst eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht bis zum Ablauf des übernächsten Bankarbeitstages¹ rückgängig gemacht wird. Sie sind auch eingelöst, wenn die Bank ihren Einlösungswillen schon vorher Dritten gegenüber erkennbar bekundet hat (z. B. durch Bezahlmeldung). Für Lastschriften gelten die Einlösungsregeln in den hierfür vereinbarten besonderen Bedingungen. Über die Abrechnungsstelle der Deutschen Bundesbank eingezogene Schecks sind eingelöst, wenn sie nach deren Geschäftsbedingungen nicht mehr zurückgegeben werden können. Barschecks sind mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst.

¹ Bankarbeitstage sind alle Werktage, außer Sonnabende und 24. und 31. Dezember.

Nr. 10 Auftragsbestätigung vor Ausführung

Bei telefonischen oder auf anderen technischen Wegen erteilten sowie bei nicht unterschriebenen Aufträgen behält sich die Bank die unverzügliche Einholung einer Bestätigung vor Auftragsausführung vor.

Nr. 11 Aufrechnung durch den Kunden

Ist der Kunde kein Verbraucher, kann er gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Satz 1 gilt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 513 BGB (Existenzgründer) vorliegen. Gesetzliche Aufrechnungsverbote bleiben unberührt.

Nr. 12 Konten in ausländischer Währung

Konten in ausländischer Währung dienen ausschließlich zur bargeldlosen Abwicklung von Zahlungen an den Kunden und von Verfügungen des Kunden in ausländischer Währung.

Nr. 13 Leistungsbefreiung bei Geschäften in ausländischer Währung

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zulasten eines Guthabens in ausländischer Währung oder zur Erfüllung einer Verbindlichkeit in ausländischer Währung ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Guthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zulasten eines Guthabens in ausländischer Währung ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn die Bank diese vollständig im eigenen Haus ausführen kann.

Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

Nr. 14 Geldeingang in ausländischer Währung

Geldbeträge in ausländischer Währung darf die Bank mangels ausdrücklicher gegenteiliger Weisung des Kunden in Euro gutschreiben, sofern sie nicht für den Kunden ein Konto in der betreffenden Währung führt.

Nr. 15 Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Geschäften in ausländischer Währung ergibt sich aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

Nr. 16 Einlagengeschäft

Mangels abweichender Vereinbarungen sind Einlagen ohne Kündigung fällig (täglich fällige Gelder). Die jeweils gültigen Zinssätze für täglich fällige Gelder werden durch Aushang bekannt gemacht. Für die Zinsberechnung bei Einlagen wird jeder Monat zu 30 Tagen gerechnet.

Entgelte und Auslagen

Nr. 17 Zinsen und Entgelte

(1) Zinsen und Entgelte im Geschäftsverkehr mit Verbrauchern

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die im Geschäftsverkehr mit Verbrauchern üblichen Kredite und Leistungen ergibt sich aus dem Preisaushang und ergänzend aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis.

Wenn ein Verbraucher einen dort aufgeführten Kredit oder eine dort aufgeführte Leistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im Preisaushang oder Preis- und Leistungsverzeichnis angegebenen Zinsen und Entgelte.

(2) Zinsen und Entgelte außerhalb des Geschäftsverkehrs mit Verbrauchern

Außerhalb des Geschäftsverkehrs mit Verbrauchern bestimmen sich die Zinsen und Entgelte für in Anspruch genommene Kredite und Leistungen nach der getroffenen Vereinbarung, ergänzend nach dem Preis- und Leistungsverzeichnis in der zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Fassung.

(3) Entgelte für sonstige Leistungen

Für Leistungen, die nicht Gegenstand einer Vereinbarung oder im Preisaushang bzw. im Preis- und Leistungsverzeichnis aufgeführt sind und die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann die Bank ein nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen angemessenes Entgelt verlangen.

(4) Nicht entgeltpflichtige Tätigkeiten

Für Tätigkeiten, zu deren Erbringung die Bank bereits gesetzlich oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse erbringt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen erhoben.

(5) Änderung von Zinsen, Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarungen mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Eine Kündigung des Kunden gilt als nicht erfolgt, wenn er den geschuldeten Betrag nicht binnen zweier Wochen nach Wirksamwerden der Kündigung zurückzahlt.

(6) Änderung von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen

Änderungen von Entgelten für Bankleistungen, die von Kunden im Rahmen der Geschäftsbeziehung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (z. B. Konto- und Depotführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Elektronische Postfach), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden.

Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung eines Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen.

(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen

Bei Verbraucherdarlehensverträgen richten sich die Zinsen und Entgelte nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften.

(8) gestrichen

Nr. 18 Ersatz von Aufwendungen

Der Ersatz von Aufwendungen der Bank richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Pflichten und Haftung von Bank und Kunde

Nr. 19 Haftung der Bank

(1) Haftung für Verschulden

Die Bank haftet für eigenes Verschulden sowie das Verschulden von Personen, derer sie sich zur Erfüllung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Kunden bedient, soweit sich nicht aus den folgenden Absätzen, den besonderen Bedingungen oder aus einzelvertraglichen Regelungen etwas Abweichendes ergibt. Haftet die Bank und ist ein Schaden nicht ausschließlich von der Bank verursacht oder verschuldet, so richtet sich die Verpflichtung zum Schadensersatz nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, § 254 Bürgerliches Gesetzbuch.

(2) Haftung für Dritte

Die Bank darf Aufträge bei Fehlen einer gegenteiligen Weisung ganz oder teilweise auf Dritte zur selbstständigen Erledigung übertragen, soweit dies unter Berücksichtigung der Art des Auftrages und der Interessen von Bank und Kunde erforderlich erscheint. In diesen Fällen beschränken sich die Verpflichtung und Haftung der Bank auf die Weiterleitung des Auftrags einschließlich sorgfältiger Auswahl und Unterweisung des Dritten.

(3) Haftung bei höherer Gewalt

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch Störung ihres Betriebs (z. B. Bombendrohung, Banküberfall), insbesondere infolge von höherer Gewalt (z. B. von Kriegs- und Naturereignissen) sowie infolge von sonstigen, von ihr nicht zu vertretenden Vorkommnissen (z. B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung) verursacht sind oder die durch Verfügungen von hoher Hand des In- und Auslands eintreten.

Nr. 20 Mitwirkungs- und Sorgfaltspflichten des Kunden

(1) Grundsatz

Die Bank führt die Aufträge des Kunden mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aus. Für den Kunden bestehen seinerseits besondere Mitwirkungs- und sonstige Sorgfaltspflichten, insbesondere folgende Pflichten:

a) Mitteilung wesentlicher Angaben und Änderungen

Der Bank sind unverzüglich alle für die Geschäftsbeziehung wesentlichen Tatsachen anzuzeigen, insbesondere Änderungen des Namens, der Anschrift, des Personenstandes, der Verfügungs- oder Verpflichtungsfähigkeit des Kunden (z. B. Eheschließung, Eingehung einer Lebenspartnerschaft, Änderung des Güterstandes) oder der für ihn zeichnungsberechtigten Personen (z. B. nachträglich eingetretene Geschäftsunfähigkeit eines Vertreters oder Bevollmächtigten) sowie Änderungen des wirtschaftlich Berechtigten oder der der Bank bekannt gegebenen Vertretungs- oder Verfügungsbefugnisse (z. B. Vollmachten, Prokura). Die Anzeigepflicht besteht auch dann, wenn die Tatsachen in öffentlichen Registern eingetragen und veröffentlicht werden. Die Namen der für den Kunden vertretungs- oder verfügungsbefugten Personen sind der

Bank mit eigenhändigen Unterschriftsproben auf den Vordrucken der Bank bekannt zu geben. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz ergeben.

b) Eindeutige Angaben bei Aufträgen und Weisungen Aufträge und Weisungen jeder Art müssen den Inhalt des Geschäfts zweifelsfrei erkennen lassen. Abänderungen und Bestätigungen müssen als solche gekennzeichnet sein. Bei Zahlungsaufträgen hat der Kunde insbesondere auf richtige, vollständige, unmissverständliche und leserliche Angaben, vor allem der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN² und BIC³ zu achten.

c) Sorgfalt bei besonderer Auftragsübermittlung

Bei telefonischen oder auf anderen technischen Wegen erteilten Aufträgen oder Weisungen hat der Kunde dafür zu sorgen, dass sich keine Übermittlungsfehler, Missverständnisse, Missbräuche und Irrtümer ergeben.

d) weggefallen

e) Ausdrücklicher Hinweis bei besonderer Weisung Besondere Weisungen für die Ausführung von Aufträgen hat der Kunde der Bank gesondert mitzuteilen, bei formularmäßig erteilten Aufträgen außerhalb des Formulars. Dies gilt insbesondere, wenn Zahlungen auf bestimmte Forderungen der Bank verrechnet werden sollen.

f) Hinweis auf Fristen und Termine

Der Kunde hat entsprechend Buchst. e) besonders darauf hinzuweisen, wenn Aufträge innerhalb bestimmter Fristen oder zu bestimmten Terminen ausgeführt sein sollen oder wenn bei nicht ordnungsgemäßer, insbesondere nicht fristgemäßer Ausführung von Aufträgen außergewöhnliche Schäden drohen.

Auf die besondere Hinweispflicht bei knappen Scheckverlegungsfristen nach Nr. 24 wird verwiesen.

g) Unverzögliche Reklamation

Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse, Lastschriften, Kontoauszüge, Wertpapieraufstellungen oder sonstige Mitteilungen der Bank sowie Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit von der Bank gelieferter Wertpapiere oder sonstiger Werte müssen unverzüglich erhoben werden. Falls Rechnungsabschlüsse oder Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Anzeigen, Mitteilungen oder Sendungen, deren Eingang der Kunde erwarten oder mit deren Eingang er rechnen muss.

h) Kontrolle von Bestätigungen der Bank

Soweit Bestätigungen der Bank von Aufträgen oder Weisungen des Kunden abweichen, hat er dies unverzüglich zu beanstanden.

(2) Haftung bei Pflichtverletzungen

Schäden und Nachteile aus einer schuldhaften Verletzung von Mitwirkungs- und sonstigen Sorgfaltspflichten gehen zulasten des Kunden. Bei schuldhafter Mitverursachung des Schadens durch die Bank richtet sich die Haftung nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, § 254 Bürgerliches Gesetzbuch.

AGB-Pfandrecht, Nachsicherung, Sicherheitenfreigabe

Nr. 21 Pfandrecht, Sicherungsabtretung

(1) Umfang

Der Kunde räumt hiermit der Bank ein Pfandrecht ein an Werten jeder Art, die im bankmäßigen Geschäftsverkehr durch den Kunden oder durch Dritte für seine Rechnung in ihren Besitz oder ihre sonstige Verfügungsmacht gelangen. Zu den erfassten Werten zählen sämtliche Sachen und Rechte jeder Art (Beispiele: Waren, Devisen, Wertpapiere einschließlich der Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine, Sammeldepotanteile, Bezugsrechte, Schecks, Wechsel, Konnossemente, Lager- und Ladescheine).

Erfasst werden auch Ansprüche des Kunden gegen die Bank (z. B. aus Guthaben). Forderungen des Kunden gegen Dritte sind an die Bank abgetreten, wenn über die Forderungen ausgestellte Urkunden im bankmäßigen Geschäftsverkehr in die Verfügungsmacht der Bank gelangen.

(2) Ausnahmen

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung für eine bestimmte Verwendung in die Verfügungsmacht der Bank (z. B. Bareinzahlung zur Einlösung eines Schecks, Wechsels oder Ausführung einer bestimmten Überweisung), so erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Im Ausland verwahrte Wertpapiere unterliegen – vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung – nicht dem Pfandrecht. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussrechte/ Genussscheine und für Ansprüche des Kunden aus nachrangigem Haftkapital (z. B. nachrangig haftende Inhaberschuldverschreibung).

(3) Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht sichert alle bestehenden und künftigen, auch bedingten oder befristeten, auch gesetzlichen Ansprüche der Bank gegen den Kunden, die sie im Zusammenhang mit der Geschäftsverbindung erwirbt. Ansprüche gegen Kunden aus von diesen für Dritte übernommenen Bürgschaften werden erst ab deren Fälligkeit gesichert.

(4) Geltendmachung des Pfandrechts

Die Bank darf die dem AGB-Pfandrecht unterliegenden Werte nur bei einem berechtigten Sicherungsinteresse zurückhalten. Ein solches besteht insbesondere unter den Voraussetzungen des Nachsicherungsrechts gemäß Nr. 22.

2) International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

3) Business Identifier Code (Bank-Identifizierungs-Code).

(5) Verwertung

Die Bank ist zur Verwertung dieser Werte berechtigt, wenn der Kunde seinen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit und trotz Mahnung mit angemessener Nachfrist und einer Androhung der Verwertung entsprechend § 1234 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch nicht nachkommt. Unter mehreren Sicherheiten hat die Bank die Wahl. Bei der Auswahl und Verwertung wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Die Bank hat das Recht, Verwertungserlöse, die nicht zur Befriedigung sämtlicher Forderungen ausreichen, nach ihrem billigen Ermessen zu verrechnen. Die Bank wird dem Kunden erteilte Gutschriften über Verwertungserlöse so gestalten, dass sie als Rechnungen im Sinne des Umsatzsteuerrechts anzusehen sind.

Nr. 22 Nachsicherung und Freigabe

(1) Nachsicherungsrecht

Die Bank kann vom Kunden die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten für seine Verbindlichkeiten verlangen, wenn sich aufgrund nachträglich eingetretener oder bekannt gewordener Umstände, z. B. aufgrund einer Verschlechterung oder drohenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, eines Mißhaftenden oder Bürgen oder des Werts bestehender Sicherheiten, eine Veränderung der Risikolage ergibt.

Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht ein Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettodarlehensbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn in einem vor dem 21. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehensvertrag oder in einem ab dem 21. März 2016 abgeschlossenen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließenden Angaben über Sicherheiten enthalten sind.

(2) Freigabe-Verpflichtung

Die Bank ist auf Verlangen zur Freigabe von Sicherheiten nach ihrer Wahl verpflichtet, soweit der realisierbare Wert aller Sicherheiten den Gesamtbetrag aller Forderungen der Bank nicht nur vorübergehend um mehr als 10 v. H. übersteigt. Diese Deckungsgrenze erhöht sich um den jeweils aktuellen Umsatzsteuersatz, soweit die Bank im Verwertungsfall mit der Abführung der Umsatzsteuer aus Verwertungserlösen belastet ist. Die Bank wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

Einzugspapiere

Nr. 23 Inkasso im Einzugsgeschäft

(1) Inkasso-Vereinbarung

Schecks, Lastschriften oder sonstige Einzugspapiere werden von der Bank zum Einzug (Inkasso) hereingenommen, wenn die Bank eine gesonderte Inkasso-Vereinbarung abschließt.

(2) Rückbelastung

Hat die Bank den Gegenwert von Einzugspapieren schon vor Eingang gutgeschrieben, so kann sie den Gegenwert bei Nichteinlösung der Papiere rückbelasten, und zwar auch nach einem zwischenzeitlichen Rechnungsabschluss. Das Gleiche gilt, wenn

- ihr der Gegenwert nicht zugeht oder
- die freie Verfügung über den Gegenwert durch Gesetz oder behördliche Maßnahmen beschränkt ist oder
- die Papiere infolge unüberwindlicher Hindernisse nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt werden können oder
- der Einzug mit im Zeitpunkt der Hereinnahme nicht bekannten unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden ist oder
- in dem Land, in dem die Papiere einzulösen sind, ein Moratorium ergangen ist.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Bank Einzugspapiere auch schon vor Fälligkeit zurückgeben. Die Rückbelastung ist auch zulässig, wenn die Papiere nicht zurückgegeben werden können. Ist dies von der Bank zu vertreten, so trägt sie einen sich hieraus ergebenden Schaden des Kunden.

Nr. 24 Vorlegungsfrist, Eilmittel

Wenn Schecks, die am Bankplatz der Bank zahlbar sind, nicht spätestens am dritten Geschäftstag, Schecks auf auswärtige Bankplätze nicht spätestens am vierten Geschäftstag vor Ablauf der Vorlegungsfrist (Artikel 29 Scheckgesetz) eingereicht werden bzw. bei Übersendung nicht innerhalb dieser Fristen vor Geschäftsschluss bei der Bank eingehen, so hat der Kunde auf den Ablauf der Vorlegungsfrist und die eventuelle Anwendung von Eilmitteln gesondert hinzuweisen.

Nr. 25 Sicherungsrechte im Einzugsgeschäft

(1) Sicherungseigentum

Mit der Einreichung von Schecks und Wechseln zum Einzug überträgt der Kunde der Bank das Sicherungseigentum an den Papieren für den Fall, dass das Einzugspapier nicht eingelöst wird und der Bank aufgrund von Vorausverfügungen des Kunden im Hinblick auf das Einzugsgeschäft Ansprüche gegen den Kunden zustehen, und zwar bis zum Ausgleich dieser Ansprüche. Mit dem Erwerb des Sicherungseigentums gehen auch die zugrunde liegenden Forderungen auf die Bank über. Sicherungsabtretung

Werden andere Papiere zum Einzug eingereicht (z. B. Lastschriften, kaufmännische Handelpapiere), so gehen die zugrunde liegenden Forderungen unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 auf die Bank über.

Auflösung der Geschäftsbeziehung

Nr. 26 Kündigungsrecht

(1) Ordentliche Kündigung

Soweit weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart sind, können der Kunde und bei Vorliegen eines sachgerechten Grundes auch die Bank die gesamte Geschäftsbeziehung oder einzelne Geschäftszweige jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Kündigt die Bank, so wird sie den berechtigten Belangen des Kunden angemessen Rechnung tragen, insbesondere nicht zur Unzeit kündigen. Für die Kündigung eines Zahlungsdienstvertrages (z.B. Girovertrag oder Kartenvertrag) durch die Bank beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund

Ungeachtet anderweitiger Vereinbarungen können sowohl der Kunde als auch die Bank die gesamte Geschäftsbeziehung oder einzelne Geschäftszweige jederzeit fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, aufgrund dessen dem Kündigenden die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung nicht zugemutet werden kann. Dabei sind die berechtigten Belange des anderen Vertragspartners zu berücksichtigen. Für die Bank ist ein solcher Kündigungsgrund insbesondere gegeben, wenn aufgrund der nachfolgend beispielhaft aufgeführten Umstände die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen des Kunden oder die Durchsetzbarkeit der Ansprüche der Bank – auch unter Verwertung etwaiger Sicherheiten – gefährdet wird:

a) wenn eine wesentliche Verschlechterung oder eine erhebliche Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder in der Werthaltigkeit der für ein Darlehen gestellten Sicherheiten eintritt, insbesondere wenn der Kunde die Zahlungen einstellt oder erklärt, sie einstellen zu wollen, oder wenn von dem Kunden angenommene Wechsel zu Protest gehen;

b) wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder zur Verstärkung von Sicherheiten (Nr. 22 Absatz 1) nach Aufforderung durch die Bank nicht innerhalb angemessener Frist nachkommt;

c) wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat;

d) wenn gegen den Kunden eine Zwangsvollstreckung eingeleitet wird;

e) wenn sich die Vermögensverhältnisse eines Mitverpflichteten oder des persönlich haftenden Gesellschafters wesentlich

verschlechtert haben oder erheblich gefährdet sind, sowie bei Tod oder Wechsel des persönlich haftenden Gesellschafters.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Etwas anderes gilt nur, wenn der Kunde die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert, er die Leistung zu einem im Vertrag bestimmten Termin oder innerhalb einer bestimmten Frist nicht bewirkt, obwohl die Bank den Fortbestand ihres Leistungsinteresses vertraglich an die Rechtzeitigkeit der Leistung gebunden hat, oder wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine sofortige Kündigung rechtfertigen.

(3) Kündigung bei Verbraucherdarlehensverträgen

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch zwingende Sonderregelungen für die Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(4) Rechtsfolgen bei Kündigung

Mit der Auflösung der gesamten Geschäftsbeziehung oder einzelner Geschäftszweige werden die auf den betroffenen Konten geschuldeten Beträge sofort fällig. Der Kunde ist außerdem verpflichtet, die Bank insoweit von allen für ihn oder in seinem Auftrag übernommenen Verpflichtungen zu befreien.

Die Bank ist berechtigt, die für den Kunden oder in seinem Auftrag übernommenen Verpflichtungen zu kündigen und sonstige Verpflichtungen, insbesondere solche in fremder Währung, mit Wirkung gegen den Kunden auszugleichen sowie hereingenommene Wechsel und Schecks sofort zurückzubelasten; die wechsel- oder scheckrechtlichen Ansprüche gegen den Kunden und jeden aus dem Papier Verpflichteten auf Zahlung des vollen Betrages der Wechsel und Schecks mit Nebenforderungen verbleiben der Bank jedoch bis zur Abdeckung eines etwaigen Schuldsaldos.

Nr. 27 Weitergeltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Auch nach Auflösung der gesamten Geschäftsbeziehung oder einzelner Geschäftszweige gelten für die Abwicklung und in dem Abwicklungsverhältnis entsprechenden Umfange die Allgemeinen Geschäftsbedingungen weiter.

Nr. 28 Schutz der Einlagen durch anerkanntes Einlagen-sicherungssystem

(1) Freiwillige Institutssicherung

Die Bank gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an. Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch die Einlagen der Kunden. Hierzu zählen im Wesentlichen Spareinlagen, Sparkassenbriefe, Termineinlagen, Sichteinlagen und Schuldverschreibungen.

(2) Gesetzliche Einlagensicherung

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Sollte entgegen Absatz 1 ausnahmsweise die Institutssicherung nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen im Sinne des § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen des § 8 EinSiG. Nicht entschädigungsfähig nach § 6 EinSiG sind unter anderem Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäschetransaktionen entstanden sind, sowie Inhaberschuldverschreibungen der Bank und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

(3) Informationsbefugnisse

Die Bank ist befugt, dem Sicherungssystem oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

(4) Forderungsübergang

Soweit das Sicherungssystem oder ein von ihm Beauftragter Zahlungen an den Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf das Sicherungssystem über.

Die Bank ist dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Als institutssichernde Einrichtung im Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute und überwacht die Risikosituation. Die Bank ist befugt, dem Sicherungssystem oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Hinweise zur Einlagensicherung

Wir gehören dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an.

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch die Einlagen der Kunden. Hierzu zählen im Wesentlichen Spareinlagen, Sparkassenbriefe, Termineinlagen, Sichteinlagen und Schuldverschreibungen.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt.

Sollte entgegen Absatz 1 ausnahmsweise die Institutssicherung nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen im Sinne des

§ 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen des § 8 EinSiG. Nicht entschädigungsfähig nach § 6 EinSiG sind unter anderem Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäschetransaktionen entstanden sind, sowie Inhaberschuldverschreibungen der Bank und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

Mehr Informationen dazu finden Sie unter

www.dsgv.de/sicherungssystem.

Seit dem Bestehen der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe hat noch nie ein Kunde eines Mitgliedsinstituts einen Verlust seiner Einlagen erlitten.

Hinweis auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung, der sonstigen Beschwerdemöglichkeit und zivilrechtlichen Klage

Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht die Möglichkeit, sich an die beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) eingerichtete Verbraucherschlichtungsstelle zu wenden. Bei Streitigkeiten über Zahlungsdienste und E-Geld können auch Nichtverbraucher (Geschäftskunden) die Schlichtungsstelle beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) anrufen.

Die Beschwerde ist in Textform zu richten an:
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)
Verbraucherschlichtungsstelle
Postfach 110272
10832 Berlin
E-Mail: ombudsmann@voeb-kbs.de
Internet: www.voeb.de

Näheres regelt die Verfahrensordnung der vorgenannten Schlichtungsstelle, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren vor dieser anerkannten Verbraucherschlichtungsstelle teil. Ferner besteht die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten.

Streitbeilegung bei online abgeschlossenen Verträgen

Zur Beilegung von Streitigkeiten aus online abgeschlossenen Verträgen können sich Verbraucher alternativ an die Online-Plattform unter <http://ec.europa.eu/odr> wenden.

Information zur Beschwerde über Zahlungsdienstleister

Bei behaupteten Verstößen gegen

- das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz,
- die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder
- Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuchs

kann darüber hinaus schriftlich, elektronisch oder zur Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde zur Bundesanstalt soll unter Angabe des Sachverhaltes und des Beschwerdegundes erfolgen.

Die Adressen lauten:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
D-53117 Bonn
und
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Marie-Curie-Straße 24-28
D-60439 Frankfurt am Main

In den vorgenannten Fällen kann selbstverständlich auch Beschwerde bei der LBBW selbst eingelegt werden. Die LBBW beantwortet diese Beschwerden schriftlich oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger. Ferner besteht die Möglichkeit, den Rechtsweg zu bestreiten.

Streitbeilegung für Kunden*innen in der Schweiz (gem. Finanzdienstleistungsgesetz der Schweiz "FIDLEG")

Bei Streitigkeiten mit der Bank, die den Anforderungen des FIDLEG unterliegen, besteht die Möglichkeit den „Verein Ombudsstelle Finanzdienstleister (OFD)“ anzurufen. Die Beschwerde ist mit Hilfe des online zur Verfügung gestellten Ermächtigungsformulars (Internetportal der OFD) zu richten an:

Verein Ombudsstelle Finanzdienstleister (OFD)
Bleicherweg 10
CH-8002 Zürich
E-Mail: ombudsmann@ofdl.ch
Telefon: +41 44 562 05 25
Internet: www.ofdl.ch

Ausführungsgrundsätze*

Die nachfolgenden Ausführungsgrundsätze (im Folgenden »Grundsätze« genannt) legen fest, wie die Bank die Ausführung eines Kundenauftrages gleichbleibend im bestmöglichen Interesse des Kunden gewährleistet.

Abschnitt A

Auftragsausführung für Privatkunden und professionelle Kunden, die den Unternehmens- oder Privatkundenbereichen der Bank zugeordnet sind.**

I. Anwendungsbereich

Diese Grundsätze unter Abschnitt A gelten gleichermaßen für die Ausführung eines Auftrages von Privatkunden und professionellen Kunden**, die den Unternehmens- oder Privatkundenbereichen der Bank zugeordnet sind.

Die Bank ermöglicht, soweit mit dem Kunden nicht eine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, die Ausführung eines Kauf- oder Verkaufsauftrages von Finanzinstrumenten (Wertpapiere und sonstige Finanzinstrumente) gemäß den folgenden Bedingungen:

II. Vorrang von Kundenweisungen

(1) Eine Weisung des Kunden ist stets vorrangig. Bei der Ausführung eines Kauf- oder Verkaufsauftrages wird die Bank einer Weisung des Kunden Folge leisten.

(2) Der Kunde wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Falle einer Weisung des Kunden die Bank den Auftrag entsprechend der Weisung des Kunden ausführt und insoweit nicht verpflichtet ist, den Auftrag gemäß Abschnitt A Ziffer III dieser Grundsätze auszuführen.

III. Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung

(1) Aufträge über Finanzinstrumente inländischer Emittenten (inländische Finanzinstrumente), die an einer Börse oder an einem multilateralen oder organisierten Handelssystem** im Inland gehandelt werden, werden im Inland ausgeführt. Soweit Finanzinstrumente ausländischer Emittenten (ausländi-

sche Finanzinstrumente) an einer Börse oder an einem multilateralen oder organisierten Handelssystem im Inland gehandelt werden, werden die Aufträge gleichfalls im Inland ausgeführt.

(2) Wird ein Finanzinstrument nicht im Inland gehandelt, so wird der Kundenauftrag im Ausland über einen Zwischenkommissionär oder als Festpreisgeschäft ausgeführt.

(3) Wird ein Finanzinstrument an mehreren Börsen oder multilateralen oder organisierten Handelssystemen gehandelt, so erfolgt die Ausführung an einem Ausführungsplatz, der für diese Gruppe von Finanzinstrumenten unter Berücksichtigung der Ordergrößenklasse nach dem Ergebnis der letzten Überprüfung und einer entsprechenden Bewertung durch die Bank die gleichbleibend bestmögliche Ausführung im Sinne der gesetzlichen Vorgaben erwarten lässt. Die verschiedenen Gruppen von Finanzinstrumenten sowie die gebildeten Größenklassen sind im Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A) zu diesen Grundsätzen aufgeführt.

(4) Als maßgebliche Kriterien zur Feststellung der bestmöglichen Ausführung werden von der Bank insbesondere die für die Bank erkennbaren Faktoren Preis und Kosten, die durch die Ausführung an einem Ausführungsplatz entstehen, herangezogen. Ergänzend werden die Faktoren Ausführungsgeschwindigkeit, Ausführungswahrscheinlichkeit und Abwicklungssicherheit sowie qualitative Faktoren entsprechend dem Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A) berücksichtigt.

(5) Das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mit den ausgewählten Ausführungsplätzen sowie die Erläuterung der Faktoren und deren Gewichtung sind im Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A) zu diesen Grundsätzen beschrieben und Bestandteil dieser Grundsätze.

(6) Bieten mehrere derart ausgewählte Ausführungsplätze bestmögliche Ergebnisse, wird die Bank zwischen diesen nach pflichtgemäßem Ermessen eine Auswahl treffen.

IV. Besondere Hinweise zur Ausführung von Festpreisgeschäften

(1) Die Bank bietet ihren Kunden Festpreisgeschäfte vor allem bei Schuldtiteln und verbrieften Derivaten (Zertifikate) an. Der Kunde trägt in diesem Fall das Gegenparteiisiko mit der Bank. Soweit Aufträge zum Kauf oder Verkauf im Rahmen eines Fest-

*Stand: 3. Januar 2018

**im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

preisgeschäfte erfolgen, wird von der Bank sichergestellt, dass diese zu marktgerechten Bedingungen ausgeführt werden.

(2) Eine anderweitige Ausführung an einem Ausführungsplatz ist auf Wunsch des Kunden möglich, soweit diese Finanzinstrumente dort gehandelt werden.

V. Abweichungen von den Grundsätzen in Einzelfällen

Weicht ein Kauf- oder Verkaufsauftrag aufgrund seiner Art und/oder seines Umfangs nach Einschätzung der Bank wesentlich vom üblichen Marktstandard ab, so kann die Bank den Auftrag im Interesse des Kunden im Einzelfall unter Abweichung von diesen Grundsätzen ausführen.

VI. Anwendung der Grundsätze bei besonderen Finanzinstrumenten/ Dienstleistungen

(1) Für die Ausführung von Kundenaufträgen in Derivaten gilt Folgendes:

(a) Börsengehandelte Derivate

Wird ein solches Finanzinstrument an mehreren Ausführungsplätzen gehandelt, so erfolgt die Ausführung an einem Ausführungsplatz, der für diese Gruppe von Finanzinstrumenten nach dem Ergebnis der letzten Überprüfung durch die Bank die gleichbleibend bestmögliche Ausführung im Sinne der gesetzlichen Vorgaben erwarten lässt. Die verschiedenen Gruppen von Finanzinstrumenten sind im Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A) zu diesen Grundsätzen aufgeführt. Bei ausschließlich an ausländischen Ausführungsplätzen gehandelten Derivaten beauftragt der Kunde die Bank mit der Ausführung des Auftrages über einen Zwischenkommissionär. Dieser führt den Auftrag im pflichtgemäßen Ermessen an einem von ihm ausgewählten Ausführungsplatz aus.

(b) Sonstige Derivate

Bei nicht börsengehandelten Derivaten erfolgt ein Geschäftsabschluss unmittelbar zwischen dem Kunden und der Bank. Der Kunde trägt in diesem Fall das Gegenparteirisiko mit der Bank. Aufgrund der individuellen Gestaltung dieser Geschäfte mit der Bank ist eine Ausführung an einem Ausführungsplatz nicht möglich.

(2) Für die Ausführung von Kundenaufträgen in Investmentanteilen gilt Folgendes:

(a) Auf die Ausgabe oder die Rücknahme von Investmentanteilen über die jeweilige Kapitalverwaltungsgesellschaft oder die Depotbank finden diese Grundsätze keine Anwendung. Will der Kunde Kauf- oder Verkaufsaufträge zu Invest-

mentanteilen über einen Ausführungsplatz (z. B. über eine Börse) ausführen, erteilt der Kunde der Bank eine Weisung zum Ausführungsplatz.

(b) Exchange Traded Funds (ETF) werden entsprechend dem Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A) zu diesen Grundsätzen ausgeführt.

(3) Bei nicht an einem inländischen Ausführungsplatz gehandelten Bezugsrechten werden diese nach dem in der Veröffentlichung zur Kapitalmaßnahme bestimmten Abwicklungsweg ausgeführt. Bei Bezugsrechten ausländischer Emittenten erfolgt die Ausführung der Bezugsrechte gegen Ende der Frist für den Bezugsrechtshandel über die Heimatbörse oder in Einzelfällen über die Lagerstelle.

(4) Wird ein Auftrag im Rahmen einer mit der Bank vereinbarten Vermögensverwaltung ausgeführt, können Aufträge im Kundeninteresse durch Weisung des Vermögensverwalters an einem anderen als durch diese Grundsätze ermittelten Ausführungsplatz oder außerhalb eines Ausführungsplatzes ausgeführt werden.

VII. Zuwendungen

Die Bank darf Zuwendungen* monetärer bzw. nicht monetärer Art annehmen, sofern diese dazu bestimmt sind, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für ihre Kunden zu verbessern, und dadurch nicht die Erfüllung der Pflicht im bestmöglichen Interesse der Kunden zu handeln beeinträchtigt wird. Zuwendungen, die die Bank gegebenenfalls durch die Ausführungsplätze erhält, sind im Best 5 Execution Venues Report unter www.LBBW.de/mifid-informationen bzw. www.bw-bank.de/mifid-informationen aufgeführt.

VIII. Zusammenfassung

Die Bank trifft generelle Vorkehrungen, um die bestmögliche Auftragsausführung für ihre Kunden zu ermöglichen. Dazu zählen die regelmäßige Bewertung der Ausführungsplätze anhand eines definierten Verfahrens unter Berücksichtigung der relevanten Faktoren sowie deren Gewichtung.

Im Rahmen der regelmäßigen Bewertungen der Ausführungsplätze werden Informationen der Quality of Execution Reports, die die relevanten Handelsplätze, systematischen Internalisierer, Market Maker und andere Liquidity Provider regelmäßig veröffentlichen, berücksichtigt.

Unter www.LBBW.de/mifid-informationen bzw. www.bw-bank.de/mifid-informationen sind die Links zu den aktuellen Quality of Execution Reports der relevanten Plätze aufgeführt.

*im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

Schwerpunkt für die Privatkunden und professionellen Kunden, die den Unternehmens- oder Privatkundenbereichen der Bank zugeordnet sind, stellen die Gesamtkosten, die im Rahmen der Auftragsausführung entstehen, dar.

IX. Überprüfung der Grundsätze

(1) Die nach diesen Grundsätzen erfolgte Auswahl von Ausführungsplätzen wird die Bank jährlich überprüfen. Zudem wird sie eine Überprüfung innerhalb einer angemessenen Frist vornehmen, wenn für die Bank erkennbare Anhaltspunkte vorliegen, dass eine wesentliche Veränderung eingetreten ist, die dazu führt, dass an den von den Ausführungsgrundsätzen umfassten Ausführungsplätzen eine Ausführung von Aufträgen nicht mehr gleichbleibend im bestmöglichen Interesse des Kunden gewährleistet ist.

(2) Über wesentliche Änderungen wird die Bank den Kunden informieren.

Anhang

Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt A

Abschnitt B

Auftragsausführung für professionelle Kunden* in Financial Markets.

I. Anwendungsbereich

Diese Grundsätze unter Abschnitt B gelten für professionelle Kunden*, die nicht einem Berater in den Unternehmens- oder Privatkundenbereichen (inkl. Private Banking und Wealth Management) der Bank zugeordnet sind. Die vorgenannten Kunden erteilen ihren Auftrag unmittelbar an eine Handels- oder Sales-Einheit im Geschäftsbereich Financial Markets der Bank. Die Ausführung von Aufträgen dieser Kunden erfolgt, sofern nicht eine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gemäß den folgenden Bedingungen:

II. Vorrang von Kundenweisungen

(1) Eine Weisung des Kunden ist stets vorrangig. Bei der Ausführung eines Kauf- oder Verkaufsauftrages wird die Bank einer Weisung des Kunden Folge leisten.

(2) Der Kunde wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Falle einer Weisung des Kunden die Bank den Auftrag entsprechend der Weisung des Kunden ausführt und insoweit nicht verpflichtet ist, den Auftrag gemäß Abschnitt B Ziffer III dieser Grundsätze auszuführen.

(3) Die Vorgabe eines konkreten Ausführungsplatzes durch den Kunden bei Ordererteilung wird als Kundenweisung eingestuft.

Ebenfalls werden die Vorgaben eines Kunden zur Art und Weise der Auftragsausführung als Weisung gewertet, insbesondere die Vorgabe »interessewahrend« (»IW-Order«). Diese Aufträge zeichnen sich dadurch aus, dass die Ausführung entsprechend der Marktsituation ggf. in mehreren Teilausführungen erfolgen soll.

Solche IW-Orders können durch weitere Vorgaben zusätzlich spezifiziert werden. Dies können beispielsweise sein:

- volumenorientierte Vorgaben, z. B. Ausführung in 10 % des Volumens
- zeitorientierte Vorgaben, z. B. Orderausführung innerhalb der nächsten zwei Stunden

Erteilt der Kunde der Bank ausdrücklich die Weisung, den Auftrag als IW-Order auszuführen, so wird die Bank nach eigenem Ermessen den Ausführungsplatz, der unter kunden- und marktgerechter Priorisierung der relevanten Faktoren Preis, Ausführungsgeschwindigkeit/-wahrscheinlichkeit, Kosten und Abwicklungssicherheit sowie qualitativen Faktoren die bestmögliche Ausführung erwarten lässt, auswählen. Die Auftragsausführung einer IW-Order kann an einem inländischen oder ausländischen Ausführungsplatz, insbesondere dem internationalen Haupthandelsplatz für das entsprechende Finanzinstrument, oder an mehreren Ausführungsplätzen oder außerhalb eines Ausführungsplatzes oder in Form einer Kombination der vorgenannten Varianten erfolgen.

III. Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung

(1) Aufträge ohne explizite Kundenweisung werden, sofern dies interne Überprüfungen unter Berücksichtigung der maßgeblichen gesetzlichen Anforderungen bestätigen, über den internationalen Haupthandelsplatz (Primary Exchange) ausgeführt.

(2) Als maßgebliche Kriterien zur Feststellung der bestmöglichen Ausführung werden von der Bank insbesondere die für die Bank erkennbaren Faktoren Preis und Ausführungsgeschwindigkeit/-wahrscheinlichkeit herangezogen. Ergänzend werden die Faktoren Kosten und Abwicklungssicherheit sowie qualitative Faktoren entsprechend dem Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt B) berücksichtigt.

(3) Die Bewertung der Handelsplätze in Financial Markets erfolgt anhand gebildeter Gruppen von Finanzinstrumenten. Ordergrößenklassen werden nicht berücksichtigt.

*im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

IV. Besondere Hinweise zur Ausführung von Festpreisgeschäften

(1) Die Bank bietet ihren Kunden Festpreisgeschäfte vor allem bei Schuldtiteln und verbrieften Derivaten (Zertifikate) an. Der Kunde trägt in diesem Fall das Gegenparteirisiko mit der Bank. Soweit Aufträge zum Kauf oder Verkauf im Rahmen eines Festpreisgeschäftes erfolgen, wird von der Bank sichergestellt, dass diese zu marktgerechten Bedingungen ausgeführt werden.

(2) Eine anderweitige Ausführung an einem Ausführungsplatz ist auf Wunsch des Kunden möglich, soweit diese Finanzinstrumente dort gehandelt werden.

V. Abweichungen von den Grundsätzen in Einzelfällen

Weicht ein Kauf- oder Verkaufsauftrag aufgrund seiner Art und/oder seines Umfangs nach Einschätzung der Bank wesentlich vom üblichen Marktstandard ab, so kann die Bank den Auftrag im Interesse des Kunden im Einzelfall unter Abweichung von diesen Grundsätzen ausführen.

VI. Anwendung der Grundsätze bei besonderen Finanzinstrumenten/ Dienstleistungen

(1) Für die Ausführung von Kundenaufträgen in Investmentanteilen gilt Folgendes:

(a) Auf die Ausgabe oder die Rücknahme von Investmentanteilen über die jeweilige Kapitalverwaltungsgesellschaft oder die Depotbank finden diese Grundsätze keine Anwendung. Will der Kunde Kauf- oder Verkaufsaufträge zu Investmentanteilen über einen Ausführungsplatz (z. B. über eine Börse) ausführen, erteilt der Kunde der Bank eine Weisung zum Ausführungsplatz.

(b) Exchange Traded Funds (ETF) werden entsprechend dem Anhang (Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt B) zu diesen Grundsätzen ausgeführt.

(2) Für Kundenaufträge in Schuldtiteln (Schuldverschreibungen bzw. Geldmarktinstrumente) erfolgt der Geschäftsabschluss unmittelbar zwischen dem Kunden und der Bank (siehe Abschnitt B, Ziffer IV. Besondere Hinweise zur Ausführung von Festpreisgeschäften).

(3) Bei nicht an einem inländischen Ausführungsplatz gehandelten Bezugsrechten werden diese nach dem in der Veröffentlichung zur Kapitalmaßnahme bestimmten Abwicklungsweg ausgeführt. Bei Bezugsrechten ausländischer Emittenten

erfolgt die Ausführung der Bezugsrechte gegen Ende der Frist für den Bezugsrechtshandel über die Heimatbörse oder in Einzelfällen über die Lagerstelle.

(4) Für Kundenaufträge in von der Bank emittierten Zertifikaten erfolgt der Geschäftsabschluss unmittelbar zwischen dem Kunden und der Bank (siehe Abschnitt B, Ziffer IV. Besondere Hinweise zur Ausführung von Festpreisgeschäften).

(5) Für die Ausführung von Kundenaufträgen in nicht börsengetadelten Derivaten erfolgt ein Geschäftsabschluss unmittelbar zwischen dem Kunden und der Bank. Der Kunde trägt in diesem Fall das Gegenparteirisiko mit der Bank. Aufgrund der individuellen Gestaltung dieser Geschäfte mit der Bank ist eine Ausführung an einem Ausführungsplatz nicht möglich.

(6) Wird ein Auftrag im Rahmen einer mit der Bank vereinbarten Vermögensverwaltung ausgeführt, können Aufträge im Kundeninteresse durch Weisung des Vermögensverwalters an einem anderen als durch diese Grundsätze ermittelten Ausführungsplatz oder außerhalb eines Ausführungsplatzes ausgeführt werden.

VII. Zuwendungen

Die Bank darf Zuwendungen* monetärer bzw. nicht monetärer Art annehmen, sofern diese dazu bestimmt sind, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für ihre Kunden zu verbessern, und dadurch nicht die Erfüllung der Pflicht im bestmöglichen Interesse der Kunden zu handeln beeinträchtigt wird. Zuwendungen, die die Bank gegebenenfalls durch die Ausführungsplätze erhält, sind im Best 5 Execution Venues Report unter www.LBBW.de/mifid-informationen bzw. www.bw-bank.de/mifid-informationen aufgeführt.

VIII. Überprüfung der Grundsätze

(1) Die nach diesen Grundsätzen erfolgte Auswahl von Ausführungsplätzen wird die Bank jährlich überprüfen. Zudem wird sie eine Überprüfung innerhalb einer angemessenen Frist vornehmen, wenn für die Bank erkennbare Anhaltspunkte vorliegen, dass eine wesentliche Veränderung eingetreten ist, die dazu führt, dass an den von den Ausführungsgrundsätzen umfassten Ausführungsplätzen eine Ausführung von Aufträgen nicht mehr gleichbleibend im bestmöglichen Interesse des Kunden gewährleistet ist.

(2) Über wesentliche Änderungen wird die Bank den Kunden informieren.

Anhang

Begründung der Ausführungsgrundsätze, Abschnitt B

*im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

Begründung der Ausführungsgrundsätze*

Abschnitt A

Auftragsausführung für Privatkunden und professionelle Kunden, die den Unternehmens- oder Privatkundenbereichen der Bank zugeordnet sind.**

I. Gewichtung der Faktoren zur Ermittlung der bestmöglichen Ausführung

Zur Ermittlung bestmöglicher Ausführungsergebnisse wurden die nachfolgend unter (1) (a) – (e) beschriebenen Faktoren zur Überprüfung der Ausführungsqualität herangezogen. Im Rahmen der Bewertung wurden u.a. Informationen der Quality of Execution-Reports, die durch die Ausführungsplätze zu veröffentlichen sind, berücksichtigt. Diese Faktoren wurden darüber hinaus innerhalb der unter (3) beschriebenen Größenklassen unterschiedlich gewichtet (siehe (2) Gewichtung der Faktoren).

Diese Faktoren und ihre Gewichtung gelten für alle unter Abschnitt A, Ziffer II genannten Gruppen von Finanzinstrumenten.

Bei Auftragserteilung wird der Kundenauftrag der entsprechenden Größenklasse zugeordnet.

(1) Berücksichtigte Faktoren

(a) Preis

Der Preis eines Finanzinstrumentes kommt durch Angebot und Nachfrage zustande und hängt entscheidend von der Art des Preisbildungsprozesses des jeweiligen Ausführungsplatzes ab. Dieser Preisbildungsprozess kann außerdem durch die Beauftragung von sogenannten Market Makern und die Angebots- und Nachfragesituation anderer Ausführungsplätze (sog. Referenzmarktprinzip) beeinflusst werden.

(b) Kosten

Durch die Ausführung eines Kundenauftrages an einem Ausführungsplatz entstehen regelmäßig Kosten. Ausführungsplatzabhängige Kosten sind z. B. Handelsgebühren (Courtagé, Xetra-Transaktionspreise, Schlussnotengebühren und die Preisspannen zwischen An- und Verkaufskurs) sowie Clearinggebühren (Regulierungsdatenträgergebühren und Transaktionsgebühren für Wertpapier- und Geldverrechnung).

(c) Ausführungsgeschwindigkeit/-wahrscheinlichkeit

Die Ausführungsgeschwindigkeit bezeichnet die Zeitspanne von der Ausführbarkeit eines Kundenauftrages an den entsprechenden Ausführungsplätzen bis zur Erteilung einer Ausführungsbestätigung durch den Ausführungsplatz. Hierbei wird auch betrachtet, wie viel Zeit vergeht, bis eine zunächst nicht ausführbare Order vom Ausführungsplatz als ausführbar erkannt und ausgeführt wird, nachdem sich die entsprechenden Rahmenbedingungen geändert haben.

Die Ausführungswahrscheinlichkeit bezeichnet die Sicherheit, mit der ein Kundenauftrag an einem Ausführungsplatz auch tatsächlich zur Ausführung kommt. Sie hängt maßgeblich von Angebot und Nachfrage ab und ist am höchsten an Ausführungsplätzen mit hoher Liquidität. In die Bewertung einbezogen wird die Einbindung eines Referenzmarktes, mit der effektiv die Liquidität erhöht werden kann.

(d) Abwicklungssicherheit (Aufsichtsniveau und Anlegerschutz)

Die Abwicklungssicherheit bewertet Dienstleistungsaspekte, die einen Mehrwert für den Kunden bei der Auftragsausführung bieten:

- Unabhängige Handelsüberwachung
- Informations- und Beratungsleistungen
- Mistrade-Regelungen
- Schutzmechanismen im Regelwerk
- Abwicklungssicherheit

(e) Qualitative Faktoren

Die Mitgliedschaft an einem Clearingsystem dient der Abrechnung von Wertpapiertransaktionen sowie der Absicherung von Ausfallrisiken der Vertragspartner. Bestehende Notfallsicherungen sowie geplante Maßnahmen eines Ausführungsplatzes können die Qualität der Auftragsausführung ebenfalls beeinflussen.

*Stand: 3. Januar 2018

**im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

(2) Gewichtung der Faktoren

Die Gewichtung der genannten Faktoren wurde wie folgt festgelegt:

Größenklassen I und II gem. (3)

- Preis 80 %
- Kosten 20 %

Größenklasse III gem. (3)

- Preis 60 %
- Kosten 25 %
- Ausführungsgeschwindigkeit/
-wahrscheinlichkeit 5 %
- Abwicklungssicherheit 5 %
- (Aufsichtsniveau und Anlegerschutz)
- Qualitative Faktoren 5 %

(3) Größenklassen

Für nachstehende Gruppen von Finanzinstrumenten wurden auf Basis von Orderdaten folgende Größenklassen gebildet:

	Größenklasse I	Größenklasse II	Größenklasse III
Eigenkapitalinstrumente - Aktien und Hinterlegungsscheine	0 – 4.999,99 EUR	5.000,00 – 9.999,99 EUR	ab 10.000,00 EUR
Schuldtitle (Schuldverschreibungen und Geldmarktinstrumente)	0 – 9.999,99 EUR	10.000,00 – 19.999,99 EUR	ab 20.000,00 EUR
Strukturierte Finanzprodukte	0 – 4.999,99 EUR	5.000,00 – 9.999,99 EUR	ab 10.000,00 EUR
Verbriefte Derivate	0 – 4.999,99 EUR	5.000,00 – 9.999,99 EUR	ab 10.000,00 EUR
Exchange Traded Funds (ETF)	0 – 4.999,99 EUR	5.000,00 – 9.999,99 EUR	ab 10.000,00 EUR
Exchange Traded Notes (ETN), Exchange Traded Commodities (ETC)	0 – 9.999,99 EUR	10.000,00 – 19.999,99 EUR	ab 20.000,00 EUR

Die Ermittlung des bestmöglichen Ausführungsplatzes erfolgt pro Finanzinstrument und Größenklasse.

II. Gruppen von Finanzinstrumenten und Segmente

Die oben genannten Faktoren und ihre Gewichtung finden auf die folgenden Gruppen von Finanzinstrumenten unter Berücksichtigung der diesen zugeordneten Segmenten Anwendung:

Gruppe von Finanzinstrumenten	Segment
Eigenkapitalinstrumente – Aktien und Hinterlegungsscheine	<ul style="list-style-type: none">• ab 2000 Geschäften pro Tag• zwischen 80 und 1999 Geschäften pro Tag• zwischen 0 und 79 Geschäften pro Tag

Begründung: Eigenkapitalinstrumente werden als eigene Gruppe geführt, da die Preisbildung am Markt vorrangig an den Unternehmenserfolg gebunden ist. Die Unterteilung in die Segmente erfolgt aufgrund der unterschiedlichen Marktpräsenz an den Ausführungsplätzen, abhängig von der jeweiligen Liquidität der Aktie.

Schuldtitle*	<ul style="list-style-type: none">• Schuldverschreibungen• Geldmarktinstrumente
---------------------	--

Begründung: Schuldtitle werden als eigene Gruppe geführt, da die Preisbildung vorrangig an den aktuellen Kapitalmarktzins und die Bonität des Emittenten gebunden ist. Die Unterteilung in die Segmente erfolgt anhand der Laufzeit der enthaltenen Werte.

Strukturierte Finanzprodukte

Begründung: Strukturierte Finanzprodukte bestehen aus einem oder mehreren Basiswerten und zusätzlich noch einer derivativen Komponente. Sie sind auf eine bestimmte Erwartungshaltung gegenüber der Entwicklung des Basiswertes zugeschnitten.

Verbriefte Derivate*	<ul style="list-style-type: none">• Optionsscheine und Zertifikate• Sonstige verbiefte Derivate
-----------------------------	--

Begründung: Verbriefte Derivate werden als eigene Gruppe geführt, da die Wertentwicklung und/oder der Ertrag an einen zugrunde liegenden Basiswert gebunden ist. Bei diesen Finanzinstrumenten kann grundsätzlich eine andere Volatilität im Vergleich zu anderen Gruppen von Finanzinstrumenten unterstellt werden.

Börsengehandelte Produkte	<ul style="list-style-type: none">• Exchange Traded Funds (ETF)• Exchange Traded Notes (ETN)• Exchange Traded Commodities (ETC)
----------------------------------	---

Begründung: Börsengehandelte Produkte werden als eigene Gruppe geführt, da dies passive, an der Börse handelbare Wertpapiere sind. Die Unterteilung in die Segmente erfolgt aufgrund der Ausstattungsmerkmale.

Zinsderivate	<ul style="list-style-type: none">• börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte• Swaps, Termingeschäfte und sonstige Zinsderivate
---------------------	--

Begründung: Zinsderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate ein Zins oder eine zinsbezogene Größe darstellt.

Kreditderivate	<ul style="list-style-type: none">• börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte• Sonstige Kreditderivate
-----------------------	---

Begründung: Kreditderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Darlehen, Kredite, Anleihen oder vergleichbare Aktiva sind.

Währungsderivate	<ul style="list-style-type: none">• börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte• Swaps, Termingeschäfte und sonstige Währungsderivate
-------------------------	--

Begründung: Währungsderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate der Wechselkurs einer definierten Währung darstellt.

*Zertifikate werden entsprechend der vertraglichen Gestaltung durch den Emittenten der Gruppe »Schuldtitle« oder »Verbriefte Derivate« zugeordnet.

Aktienderivate

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Swaps und sonstige Aktienderivate

Begründung: Aktienderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Aktien sind.

Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Sonstige Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten

Begründung: Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Rohstoffe und Emissionen sind.

Sonstige Finanzinstrumente

- Sonstige inländische Wertpapiere
- Sonstige ausländische Wertpapiere
- Sonstige inländische Finanzinstrumente
- Sonstige ausländische Finanzinstrumente

Begründung: Sonstige Finanzinstrumente werden als eigene Gruppe geführt, um deren Besonderheiten bezüglich Ausstattung und Preisbildung zu berücksichtigen. Damit wird sichergestellt, dass Finanzinstrumente, die nicht bereits durch eine vorstehend genannte Gruppe erfasst werden, zugeordnet und bewertet werden können.

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Begründung: Wertpapierfinanzierungsgeschäfte werden als eigene Gruppe geführt, da i.R. eines solchen Vertragsabschlusses ein Wertpapier für einen definierten Zeitraum gegen Gebühr den Eigentümer wechselt.

III. Ergebnis des Bewertungsverfahrens/Maßgebliche Ausführungsplätze

Auf Basis einer Analyse von Markt- und Börsendaten bezogen auf Finanzinstrumente in den einzelnen Segmenten und den spezifischen Größenklassen ergeben sich die in nachfolgender Tabelle genannten Ausführungsplätze, an denen gleichbleibend bestmögliche Ergebnisse gemäß Bewertungsergebnis bei der Ausführung von Kundenaufträgen erzielt werden.

Gruppe von Finanzinstrumenten	Segment	Segment	Segment	Segment
Eigenkapitalinstrumente – Aktien und Hinterlegungs-scheine	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 5 und 6 (ab 2000 Geschäften pro Tag)	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 3 und 4 (zwischen 80 und 1999 Geschäften pro Tag)	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 1 und 2 (zwischen 0 und 79 Geschäften pro Tag)	
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär*
Schuldtitle**	Schuldverschreibungen	Geldmarktinstrumente	Anleihen aus dem Angebot der Bank	
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank
Strukturierte Finanzprodukte				
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 		
Verbriefte Derivate**	Optionsscheine und Zertifikate	Sonstige verbiefte Derivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	
Börsengehandelte Produkte	Exchange Traded Funds (ETF)	Exchange Traded Notes (ETN)	Exchange Traded Commodities (ETC)	
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär*
Zinsderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps, Termingeschäfte und sonstige Zinsderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Kreditderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Sonstige Kreditderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Währungsderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps, Termingeschäfte und sonstige Währungsderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Aktienderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps und sonstige Aktienderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Sonstige Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Sonstige Finanzinstrumente	Sonstige inländische Wertpapiere	Sonstige ausländische Wertpapiere	Sonstige inländische Finanzinstrumente	Sonstige ausländische Finanzinstrumente
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank
Wertpapier-finanzierungsgeschäfte				
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 		

*sofern ausschließlich an ausländischen Ausführungsplätzen gehandelt

**Zertifikate werden entsprechend der vertraglichen Gestaltung durch den Emittenten der Gruppe »Schuldtitle« oder »Verbriefte Derivate« zugeordnet.

Ergänzende Erläuterungen zur obigen Tabelle:

(1) Bei dem in der Tabelle genannten inländischen Handelsplatz handelt es sich um einen der folgenden Ausführungsplätze:

- Börse Stuttgart
- Börse Frankfurt
- Börse Xetra
- Börse München
- Börse Berlin
- Börse Hamburg
- Börse Hannover

- Börse Düsseldorf
- Börse EUREX (bei börsennotierten Derivaten)

Grundsätzliche Informationen zu Börsen und Börsenhandel können den Broschüren »Die Vermögensanlage in Wertpapieren. Basisinformationen« und »Basisinformationen über Termingeschäfte« entnommen werden..

(2) Der Zugang zu ausländischen Ausführungsplätzen erfolgt über geeignete Zwischenkommissionäre. Die Übersicht der beauftragten Zwischenkommissionäre ist unter www.LBBW.de/mifid-informationen bzw. www.bw-bank.de/mifid-informationen aufgeführt.

Abschnitt B

Auftragsausführung für professionelle Kunden* in Financial Markets.

I. Gewichtung der Faktoren zur Ermittlung der bestmöglichen Ausführung

Zur Ermittlung bestmöglicher Ausführungsergebnisse wurden die nachfolgend unter (1) (a) – (e) beschriebenen Faktoren zur Überprüfung der Ausführungsqualität herangezogen. Diese Faktoren wurden darüber hinaus unterschiedlich gewichtet (siehe (2) Gewichtung der Faktoren).

Diese Faktoren und ihre Gewichtung gelten für alle unter Abschnitt B, Ziffer II genannten Gruppen von Finanzinstrumenten.

(1) Berücksichtigte Faktoren

a) Preis

Der Preis eines Finanzinstrumentes kommt durch Angebot und Nachfrage zustande und hängt entscheidend von der Art des Preisbildungsprozesses des jeweiligen Ausführungsplatzes ab. Dieser Preisbildungsprozess kann außerdem durch die Beauftragung von sogenannten Market Makern und die Angebots- und Nachfragesituation anderer Ausführungsplätze (sog. Referenzmarktprinzip) beeinflusst werden.

b) Kosten

Durch die Ausführung eines Kundenauftrages an einem Ausführungsplatz entstehen regelmäßig Kosten. Ausführungsplatzabhängige Kosten sind z. B. Handelsgebühren (Courtage, Xetra-Transaktionspreise, Schlussnotengebühren und die Preisspannen zwischen An- und Verkaufskurs) sowie Clearinggebühren (Regulierungsdatenträgergebühren und Transaktionsgebühren für Wertpapier- und Geldverrechnung).

c) Ausführungsgeschwindigkeit/-wahrscheinlichkeit

Die Ausführungsgeschwindigkeit bezeichnet die Zeitspanne von der Ausführbarkeit eines Kundenauftrages an den entsprechenden Ausführungsplätzen bis zur Erteilung einer Ausführungsbestätigung durch den Ausführungsplatz. Hierbei

wird auch betrachtet, wie viel Zeit vergeht, bis eine zunächst nicht ausführbare Order vom Ausführungsplatz als ausführbar erkannt und ausgeführt wird, nachdem sich die entsprechenden Rahmenbedingungen geändert haben.

Die Ausführungswahrscheinlichkeit bezeichnet die Sicherheit, mit der ein Kundenauftrag an einem Ausführungsplatz auch tatsächlich zur Ausführung kommt. Sie hängt maßgeblich von Angebot und Nachfrage ab und ist am höchsten an Ausführungsplätzen mit hoher Liquidität.

d) Abwicklungssicherheit (Aufsichtsniveau und Anlegerschutz)

Die Abwicklungssicherheit bewertet Dienstleistungsaspekte, die einen Mehrwert für den Kunden bei der Auftragsausführung bieten:

- Unabhängige Handelsüberwachung
- Informations- und Beratungsleistungen
- Mistrade-Regelungen
- Schutzmechanismen im Regelwerk
- Abwicklungssicherheit

e) Qualitative Faktoren

Die Mitgliedschaft an einem Clearingsystem dient der Abrechnung von Wertpapiertransaktionen sowie der Absicherung von Ausfallrisiken der Vertragspartner. Bestehende Notfallsicherungen sowie geplante Maßnahmen eines Ausführungsplatzes können die Qualität der Auftragsausführung ebenfalls beeinflussen.

(2) Gewichtung der Faktoren

Für die Ausführung von Aufträgen der vorgenannten Art sind die Faktoren Preis und Ausführungsgeschwindigkeit/-wahrscheinlichkeit maßgeblich.

Neben diesen Faktoren werden zur Überprüfung der Ausführungsqualität zusätzlich die Faktoren Kosten und Abwicklungssicherheit sowie die qualitativen Faktoren herangezogen.

Die oben genannten Faktoren und ihre Gewichtung finden auf die folgenden Gruppen von Finanzinstrumenten Anwendung:

* im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG)

II. Gruppen von Finanzinstrumenten und Segmente

Gruppe von Finanzinstrumenten

Segment

Eigenkapitalinstrumente – Aktien und Hinterlegungsscheine

- ab 2000 Geschäften pro Tag
- zwischen 80 und 1999 Geschäften pro Tag
- zwischen 0 und 79 Geschäften pro Tag

Begründung: Eigenkapitalinstrumente werden als eigene Gruppe geführt, da die Preisbildung am Markt vorrangig an den Unternehmenserfolg gebunden ist. Die Unterteilung in die Segmente erfolgt aufgrund der unterschiedlichen Marktpräsenz an den Ausführungsplätzen, abhängig von der jeweiligen Liquidität der Aktie.

Schuldtitel*

- Schuldverschreibungen
- Geldmarktinstrumente

Begründung: Schuldtitel werden als eigene Gruppe geführt, da die Preisbildung vorrangig an den aktuellen Kapitalmarktzins und die Bonität des Emittenten gebunden ist. Die Unterteilung in die Segmente erfolgt anhand der Laufzeit der enthaltenen Werte.

Strukturierte Finanzprodukte

Begründung: Strukturierte Finanzprodukte bestehen aus einem oder mehreren Basiswerten und zusätzlich noch einer derivativen Komponente. Sie sind auf eine bestimmte Erwartungshaltung gegenüber der Entwicklung des Basiswertes zugeschnitten.

Verbriefte Derivate*

- Optionsscheine und Zertifikate
- Sonstige verbrieftete Derivate

Begründung: Verbriefte Derivate werden als eigene Gruppe geführt, da die Wertentwicklung und/oder der Ertrag an einen zugrunde liegenden Basiswert gebunden ist. Bei diesen Finanzinstrumenten kann grundsätzlich eine andere Volatilität im Vergleich zu anderen Gruppen von Finanzinstrumenten unterstellt werden.

Börsengehandelte Produkte

- Exchange Traded Funds (ETF)
- Exchange Traded Notes (ETN)
- Exchange Traded Commodities (ETC)

Begründung: Börsengehandelte Produkte werden als eigene Gruppe geführt, da dies passive, an der Börse handelbare Wertpapiere sind.

Zinsderivate

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Swaps, Termingeschäfte und sonstige Zinsderivate

Begründung: Zinsderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate ein Zins oder eine zinsbezogene Größe darstellt.

Kreditderivate

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Sonstige Kreditderivate

Begründung: Kreditderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Darlehen, Kredite, Anleihen oder vergleichbare Aktiva sind.

Währungsderivate

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Swaps, Termingeschäfte und sonstige Währungsderivate

Begründung: Währungsderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate der Wechselkurs einer definierten Währung darstellt.

*Zertifikate werden entsprechend der vertraglichen Gestaltung durch den Emittenten der Gruppe »Schuldtitel« oder »Verbriefte Derivate« zugeordnet.

Aktienderivate

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Swaps und sonstige Aktienderivate

Begründung: Aktienderivate werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Aktien sind.

Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten

- börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte
- Sonstige Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten

Begründung: Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten werden als eigene Gruppe geführt, da der Basiswert dieser Derivate Rohstoffe und Emissionen sind.

Sonstige Finanzinstrumente

- Sonstige inländische Wertpapiere
- Sonstige ausländische Wertpapiere
- Sonstige inländische Finanzinstrumente
- Sonstige ausländische Finanzinstrumente

Begründung: Sonstige Finanzinstrumente werden als eigene Gruppe geführt, um deren Besonderheiten bezüglich Ausstattung und Preisbildung zu berücksichtigen. Damit wird sichergestellt, dass Finanzinstrumente, die nicht bereits durch eine vorstehend genannte Gruppe erfasst werden, zugeordnet und bewertet werden können.

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Begründung: Wertpapierfinanzierungsgeschäfte werden als eigene Gruppe geführt, da i.R. eines solchen Vertragsabschlusses ein Wertpapier für einen definierten Zeitraum gegen Gebühr den Eigentümer wechselt.

III. Ergebnis des Bewertungsverfahrens/Maßgebliche Ausführungsplätze

Auf Basis einer Analyse von Markt- und Börsendaten bezogen auf die einzelnen Gruppen von Finanzinstrumenten ergeben sich die in nachfolgender Tabelle genannten Ausführungsplätze, an denen gleichbleibend bestmögliche Ergebnisse gemäß Bewertungsergebnis bei der Ausführung von Kundenaufträgen in Financial Markets erzielt werden.

Gruppe von Finanzinstrumenten	Segment	Segment	Segment	Segment
Eigenkapitalinstrumente – Aktien und Hinterlegungsscheine	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 5 und 6 (ab 2000 Geschäften pro Tag)	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 3 und 4 (zwischen 80 und 1999 Geschäften pro Tag)	Tick-Größe/Liquiditätsbänder 1 und 2 (zwischen 0 und 79 Geschäften pro Tag)	
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär
Schuldtitel**	Schuldverschreibungen	Geldmarktinstrumente		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Strukturierte Finanzprodukte	Bestmöglicher Handelsplatz			
	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 			
Verbriefte Derivate**	Optionsscheine und Zertifikate	Sonstige verbiefte Derivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär 	
Börsengehandelte Produkte [Exchange Traded Funds (ETF), Exchange Traded Notes (ETN) und Exchange Traded Commodities (ETC)]	Bestmöglicher Handelsplatz			
	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär 			
Zinsderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps, Termingeschäfte und sonstige Zinsderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Kreditderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Sonstige Kreditderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Währungsderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps, Termingeschäfte und sonstige Währungsderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Aktienderivate	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Swaps und sonstige Aktienderivate		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten	börsengehandelte Terminkontrakte und Optionskontrakte	Sonstige Rohstoffderivate und Derivate von Emissionszertifikaten		
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz (EUREX) Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 	
Sonstige Finanzinstrumente	Sonstige inländische Wertpapiere	Sonstige ausländische Wertpapiere	Sonstige inländische Finanzinstrumente	Sonstige ausländische Finanzinstrumente
	Bestmöglicher Handelsplatz	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Inländischer Handelsplatz Weiterleitung an Zwischenkommissionär* 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte	Bestmöglicher Handelsplatz			
	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsabschluss unmittelbar mit der Bank 			

*sofern ausschließlich an ausländischen Ausführungsplätzen gehandelt
 **Zertifikate werden entsprechend der vertraglichen Gestaltung durch den Emittenten der Gruppe »Schuldtitel« oder »Verbriefte Derivate« zugeordnet.

Ergänzende Erläuterungen zur Tabelle:
 Bei dem in der Tabelle genannten inländischen Handelsplatz handelt es sich um einen der folgenden Ausführungsplätze:

- Börse Xetra
- Börse Frankfurt
- Börse Stuttgart
- Börse München
- Börse Berlin
- Börse Hamburg
- Börse Hannover
- Börse Düsseldorf
- Börse EUREX (bei börsennotierten Derivaten)

Der Zugang zu ausländischen Ausführungsplätzen erfolgt über geeignete Zwischenkommissionäre. Die Übersicht der beauftragten Zwischenkommissionäre ist unter www.LBBW.de/mifid-informationen bzw. www.bw-bank.de/mifid-informationen aufgeführt.

Grundsätzliche Informationen zu Börsen und Börsenhandel können den Broschüren »Die Vermögensanlage in Wertpapieren. Basisinformationen« und »Basisinformationen über Termingeschäfte« entnommen werden.

Informationen für Aktionäre*

Wir informieren Sie als Aktionär einer Aktiengesellschaft mit Sitz in der EU über die Einberufung einer Hauptversammlung, sofern wir die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen vollständig von der Aktiengesellschaft oder von einem Intermediär erhalten.

Die Unterlagen zur Hauptversammlung (z.B. Tagesordnung) stellt die jeweilige Aktiengesellschaft üblicherweise auf ihrer Internetseite bereit. In unserer Mitteilung über die Einberufung der Hauptversammlung finden Sie dementsprechend eine Internet-Adresse (URL), unter der Sie die Unterlagen zur Hauptversammlung abrufen können. Nutzen Sie das elektronische Postfach auch für die Information über den Bereich „Hauptversammlungen“, können Sie diese

Mitteilungen jederzeit einfach, schnell und sicher per Mausklick einsehen, ausdrucken und auf Ihrem PC speichern. Bitte wenden Sie sich an Ihren Kundenberater, wenn Sie das elektronische Postfach nutzen möchten.

Unterlagen von Aktiengesellschaften, die noch nicht auf die elektronische Kommunikation umgestellt haben, erhalten Sie selbstverständlich weiterhin per Post. Handelt es sich bei Ihrem Aktienbesitz hingegen um Namensaktien einer inländischen Aktiengesellschaft, erhalten Sie als eingetragener Aktionär die Information über die Einberufung und alle Unterlagen zur Hauptversammlung im Regelfall direkt von der Aktiengesellschaft.

*Stand: April 2022

Herausgeber dieser Broschüre ist die:

Landesbank Baden-Württemberg
Anstalt des öffentlichen Rechts
Hauptsitze:
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Mainz

HRA 12704
Amtsgericht Stuttgart
HRA 4356, HRA 104 440
Amtsgericht Mannheim
HRA 40687
Amtsgericht Mainz

Bankleitzahl 600 501 01
BIC/SWIFT-Code **SOLADEST600**
USt.-IdNr. DE 147 800 343
Telefon 0711 127-0
kontakt@LBBW.de
www.LBBW.de

Vorstand:
Rainer Neske (Vorsitzender),
Anastasios Agathagelidis,
Joachim Erdle,
Andreas Götz,
Stefanie Münz,
Dirk Kipp,
Thorsten Schönenberger

Verantwortlich für den Inhalt der Broschüre ist die:

Landesbank Baden-Württemberg